

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1922**

162 (15.7.1922)

# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 30 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 30 M; in der Geschäftsstelle und bei untern Karlsruhern Abgaben abgeholt 27 M monatlich. Einzelnummern 1.00 M. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 125; Redaktion Nr. 131. Anzeigen: Die einseitige Kolonelle 3.40 M, auswärts 4.-M. Die Mehrseitige 15.-M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

### Wer bezahlt die Mörder?

Der Wirtschaftspolitiker der „Weltbühne“, Morus, schreibt im vorletzten Heft seiner Zeitschrift:

Der politische Mord ist in Deutschland für die Söhne der besseren Stände zu einem ausschließlichen Beruf geworden. Ein bequemer Beruf. Risikolos. So riskolos fast, wie hier zu Lande die Entseelung eines Weltkriegeres ist. Und ein einträglicher Beruf. Wer so ein republikanisches „Schwein abgeleckt hat“ — wie es im deutschnationalen Spandauerjargon heißt — hat sein Abstandsstümchen mit samt den nötigen Feuerzugeschlägen in der Tasche und kann unter dem Vorzeichen der Reaktion: in München, in Budapest, oder wo sonst es sich gut leben läßt, auf seinen Korbeeren ausziehen. Und wenn er gefaßt wird, wird er befreit. Und wenn er nicht befreit wird, wird er freigesprochen. Und wenn er nicht freigesprochen wird, wird er nach kurzer Zeit umgesteuert.

Das ist der markanteste Unterschied zwischen den politischen Morden in der deutschen Republik und den Attentaten der letzten hundert Jahre: früher waren es die Taten von geknechteten, abgehängten, armen, verhungerten Fanatikern, die sich ihre „Göttemaschinen“ aus alten Konfessionenbüchern und selbstgebräutem Sprengstoff fertigten; Menschen, die bereit waren, für ihre Idee nicht nur zu sterben, sondern auch zu sterben. Die russischen Revolutionäre, die italienischen Anarchisten stellten sich nach der Tat freiwillig der Polizei, und selbst wenn sie einmal fliehen wollten, so hatten sie zum Weglaufen nur ihre beiden Hände, und der nächste Kriminalschuttmann, der immer rechtzeitig zur Stelle war, hatte sie am Kragen, noch bevor der zweite Schuß abgegeben war. Kein Mercedes-Wagen stand ihnen zur Verfügung, nicht Automäntel und — aus Rostes und Gehlers „Heerebescheiden“ geflochten — Maschinengewehre, nicht Flugzeuge und mit zwanzig Korruptionen erkaufte Pässe. Der Mord in der deutschen Republik ist gegenwärtig ein Mord mit allem Komfort. Die Ermordung unheimlicher politischer Gegner ist zu einem neuen Zweig, einem ärgis finanziellen Zweig des neuen deutschen Kapitalismus geworden, bei dem es auf ein paar Millionen „Betriebskapital“ nicht ankommt.

Wo kommen die Millionen her? Die Antwort weiß jeder: die Großgrundbesitzer, die Großindustriellen zahlen alles. Es sind dieselben Kreise, die während des Krieges die Propaganda des Massenmordes bezahlten, und die nun seit vier Jahren alle jene Organisationen ausstatten, von denen die Morde vorbereitet werden. Da von diesen Organisationen tausende Mitglieder leben, so kann man leicht errechnen, in welchen Dimensionen sich die Gelder bewegen, die zur Verfügung stehen. Man greift gewiß nicht zu hoch, wenn man sagt, daß dafür alljährlich ein oder zwei Millionen ausgegeben werden — ungerechnet die unglücklichen Millionen, die der reaktionären Hechpresse zufließen.

Daß die Herren des Pommerischen Landbundes, daß die Januschauer Offizier und westlich und südlich der Elbe wissenschaftlich den politischen Mord finanzieren, muß nach ihrer Vergangenheit, nach den Erfahrungen der letzten Jahre als sicher gelten. Von den Großindustriellen wird man das, bis zum Beweis des Gegenteils, nicht ohne weiteres annehmen können. Es ist wahrscheinlich, daß nicht nur Schindler auch in diesem Jahre wieder an die 20 Millionen (Hörsel), sondern selbst Eugenberg, der, wie der Stinnes des „Mabberadatsch“, wie die Herren Dagen, Wolff und Strauß und die anderen Aufkäufer der deutschen Presse, selbstverständlich zu den intellektuellen Schuldigen der politischen Morde gehört, den Mord seiner politischen Gegner eben nicht verurteilt. Aber in den Büros der Großindustrie haben jene Nichts-Könner und Nichtstuer des alten Geeres und der Marine zu Hunderten Unterschlupf gefunden und sitzen, dank ihren Familienbeziehungen, auf festen und potenten Posten. Sie haben nicht nur gutbezahlte Stellungen inne, sondern sie haben auch oft den Schlüssel zu wohlgefüllten Geldkassernen und können über sehr haltbare Mittel verfügen, die dann unter irgend einem bilanzsicheren Konto verbucht werden. Fast jedes größere Werk unterhält heute seinen „Reparaturfonds“, dessen Verwaltung irgend einem Kapitänleutnant oder Leutnant-Major anvertraut ist, und das sind die Quellen, aus denen die Mörder-Autos, die Flugzeuge, die Reisen nach Budapest, die Requiriten, die Akteure und die ganze Kompanie der deutschnationalen Verbrecher unterhalten werden. Mag sein, daß die Industriellen zum guten Teil nichts davon wissen. Aber sie dulden es und machen sich dadurch mitschuldig.

Der politische Mord in Deutschland wird nicht eher aufhören, als bis man daran geht, diese Quellen zu verstopfen. Bisher ist mehrwöchentlich selbst in den paar Prozessen, wo die Gerichte ansehnend den ersten Willen hatten, die politischen Verbrecher der Medien aufzufahren: im Jagow-Prozess und im Offenburger Mordprozess, auch nie der letzte Versuch gemacht worden, einmal nachzuspüren, wer die Eckhardt-Leute, die Organisation C und L, wer die Degeß-Wanden finanziert. Und mehrwöchentlich noch: nicht nur in den kimmerlichen Verordnungen „zum Schutz der Republik“, sondern selbst in den Schulprogrammen der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften wird nirgends eine Handhabe gegen die Geldgeber der Morche verlangt. Es ist aber eines der dringendsten, vielleicht das dringendste Gebot der Republik, das Aufhörtum der Reaktion auszurollen. Und dazu bedarf es schleunigst eines Ge-

hebes oder einer Verordnung, daß nicht nur die Gelder, die anti-republikanischen Zwecken irgendwelcher Art dienen, sondern das gesamte Vermögen der Geldgeber zugunsten des Reiches verfallen sind. Und die dringende Aufgabe der Arbeiterschaft ist: darüber zu wachen, daß diese Expropriation der Expropriateure, die auch unter den gegenwärtigen ökonomischen Verhältnissen durchgeführt werden kann, durchgeführt wird.

### Der deutsche Schutz- und Trugbund sammelt Geld für die Flucht der Mörder

Hamburg, 13. Juli. Das „Hamburger Echo“ schreibt: Für die Rathenau-Mörder und die Attentäter an Maximilian Harden werden Gelder gebraucht, um sie noch in letzter Stunde zu retten und über die Grenze zu bringen. Der Deutsche Schutz- und Trugbund, der, wie nachgewiesen, an der Organisation der Attentate beteiligt ist, hat, obgleich er in Hamburg verboten ist die Sammlung der Gelder in die Hand genommen. Der Generalsekretär Alfred Roth in Bergedorf, der sich unbegreiflicherweise noch immer in Freiheit befindet, leitet die Aktion. Folgende Flugblätter sind gedruckt worden: „Wer das Gebot der Stunde erkennt, der schicke sofort an Alfred Roth in Bergedorf unter Postfachnummer 25950 eine Geldsumme. Jetzt muß sich deutsche Erde bewähren. Seine Getreuen.“ Diese Flugblätter sind in einem Trolley gewickelt, um die Sendung zu verkleiden, an einen gewissen Otto in Hamburg abgeliefert worden. Wir verlangen Kenntnisnahme des Alfred Roth wegen Verdachts der Heiligkeit, Beschlagnahme der Flugblätter, Einziehung des Postkontos und Beschlagnahme der Gelder.“

### Deutschnationale Mörder und deutschnationale Helfershelfer

Die bisherigen Ermittlungen nach den Morden Rathenaus und deren Helfershelfer haben ergeben, daß die Beschuldigten nicht nur Mitglieder der völkischen Bewegung, sondern auch der Deutschnationalen Partei bzw. des Deutschnationalen Jugendbundes sind. Dennoch haben die Deutschnationalen bisher immer die Missetat bestritten, die Vorurteile von ihren Hochschülern nach vollzogener Tat abzusütteln. Das wird ihnen nicht gelingen.

Wiederum sind in Neustadt und Bismarck der Seminarist Baur bzw. der Sohn des Senjuts Otto wegen Begünstigung der Mörder Rathenaus während deren Flucht verhaftet worden. Beide Beschuldigten sind geistlich, den städtischen Mordern unterkunft gewährt und sie mit Lebensmitteln unterstützt zu haben. Sowohl Baur wie Otto sind Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei, des Verbandes nationaler Soldaten und des deutschpöhlischen Schutz- und Trugbundes. Baur stand zu Bode, Schwerin, der bekanntlich schon vor längerer Zeit als Minister verhaftet wurde, und dessen Sekretär den Attentätern die Mörderpistole ausshändigte, in engen Beziehungen.

Wir sind gespannt, ob die Deutschnationalen auch die Mitgliedschaft der neuerdings verhafteten Minister an der Ermordung Rathenaus zu der Deutschnationalen Partei bestritten werden.

### Die Flucht der Mörder

Berlin, 14. Juli. (Priv. Tel.) Die Verfolgung der Mörder Rathenaus ist bisher erfolglos geblieben. Eine neue greifbare Spur wurde verläßt nicht gefunden. Es ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß es ihnen gelungen ist, aus der Einfreisung herauszukommen und einen bedeutenden Vorsprung zu gewinnen.

Berlin, 15. Juli. Bei der Suche nach den Mörder Rathenaus wurden gefahren, wie die Blätter melden, von Landjägern eine Spur verfolgt, die nach Hannover führt. In der Nähe von Bielefeld haben die Verfolger auf zwei Männer, auf die Beschreibung der Täter paßt. Als sie von den Beamten angerufen wurden, flüchteten sie und gaben einige Schüsse auf ihre Verfolger ab. Die Landjäger erwiderten das Feuer und betrauten einen der Flüchtigen tödlich. Es gelang diesem trotzdem zu entkommen. Ihre Verfolgung wird weiter fortgesetzt.

Berlin, 15. Juli. Das „Berl. Tageblatt“ meldet aus Worms: Die Wormser Kriminalpolizei benachrichtigte die Wehrverwaltung, daß bei Wittlichheim zwei Radfahrer verhaftet in der Richtung nach der Pfalz beobachtet wurden. Das Aussehen der beiden stimmt mit der Beschreibung der Mörder Rathenaus überein. Entsprechende Maßnahmen sind getroffen worden.

### Auflösung der Stahlhelm-Organisation

Der preussische Minister des Innern Severing, hat, wie die P.P.R. hören, folgende Verfügung erlassen:

Nachdem der Oberpräsident von Sachsen unterm 2. Juli d. J. die Bundesleitung, die Gauleitung sowie die Ortsgruppen in der Provinz Sachsen der Organisation „Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten“ aufgelöst hat, löse ich auf Grund der §§ 1 und 2 der Verordnung zum Schutz der Republik vom 26. Juni 1922 sämtliche weitere Gauleitungen, Orts- und Bezirksgruppen dieser Vereinigung hiermit auf.

Bisher sind demnach für das preussische Staatsgebiet die folgenden Organisationen aufgelöst worden: Verband nationaler Soldaten; Bund der Anrechteten; Deutschpöhlischer Schutz- und Trugbund; Der Stahlhelm.

### Schützlerin in Berlin

Berlin, 14. Juli. (Priv. Tel.) Laut Berliner Abendzeitung ist der russische Volkswirtschaftler Schützlerin, wieder in Berlin eingetroffen.

### Schutzgesetz und Regierungsfrage

Berlin, 14. Juli. Die parlamentarische Lage ist trotz aller Verhandlungen, die im Laufe des Donnerstags stattfanden, auch weiterhin noch als ernst zu betrachten. Sowohl zwischen der Regierung und den einzelnen Parteien, als zwischen den Parteien unter sich, und zwischen den sozialistischen Fraktionen und Gewerkschaften fanden Beratungen über die Situation statt, die zu der Möglichkeit führen sollten, die Schwierigkeiten zu überbrücken. Das Ziel sämtlicher Besprechungen ging hauptsächlich darauf hinaus, einmal für die drei zu verabschiedenden Gesetze zum Schutz der Republik eine qualifizierte Mehrheit zu finden, ferner zweitens trotzdem die Linkskolonne zu ermöglichen, und drittens die Auflösung des Reichstags zu vermeiden. Es kann festgesetzt werden, daß sämtliche Koalitionsparteien, und daß ebenso die Gewerkschaften und Unabhängigen bestrebt sind, die Schwierigkeiten zu überwinden und vor allem aus außenpolitischen Rücksichten eine Auflösung des Reichstags zu vermeiden.

Aber trotz des ersten Willens der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, zu einer Lösung der schwierigen Situation beizutragen, denkt sie nicht daran, grundsätzliche Forderungen aufzugeben oder gar auf sie zu verzichten. Vor allem muß verlangt werden, daß der auf Antrag der Volkspartei in dem Gesetzentwurf zum Schutz der Republik eingefügte Paragraph über die Sprengung von Versammlungen verschwindet, daß ferner die Landesverweisung der Fürsten, die bisher von den bürgerlichen Parteien abgelehnt wurde, aufrecht erhalten bleibt und daß der in dem Gesetzentwurf vorgesehene Paragraph, wonach Mitglieder der in den letzten Jahren regierenden Fürstentümer weder für die Reichspräsidentenschaft kandidieren, noch die Stellung eines Reichsministers bekleiden dürfen, aufrecht erhalten wird. Auch auf der von den bürgerlichen Parteien bisher abgelehnten Bestrafung der Monarchisten, die eine die Republik gefährdende Agitation betreiben, muß die Sozialdemokratie unter allen Umständen bestehen. Singu kommen natürlich schwerwiegende Punkte in bezug auf das Reichsbeamtengesetz und das Kriminalpolizeigesetz, über die zu reden sein wird, sobald die einzelnen Gesetzentwürfe im Plenum zur Verabreichung stehen.

Da der Reichspräsident erst Ende der Woche zurückkehrt, so ist damit zu rechnen, daß eine Klärung der Lage vor Samstag nicht erfolgt. Die bürgerlichen Parteien wünschen allerdings das Gesetz zum Schutz der Republik am Samstag in dritter Lesung zu verabschieden. Ob das möglich sein wird, hängt von der Überwindung der bisher noch bestehenden Schwierigkeiten ab.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat am Donnerstagabend 8 Uhr zu einer eingehenden Besprechung der politischen Lage zusammen. Neben dem Vorgehen mit der Regierung führer bei den kommenden Besprechungen mit der Regierung und den Koalitionsparteien herrschte vollste Einigkeit.

### Arbeitsgemeinschaft der sozialistischen Reichstagsfraktionen

Berlin, 14. Juli. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und die Reichstagsfraktion der unabhängigen Sozialdemokratie haben am Freitagabend nach Besprechung der beiderseitigen Fraktionsvorsitzenden in getrennter Sitzung den übereinstimmenden Beschluß gefaßt, sich zu einer Arbeitsgemeinschaft der sozialistischen Reichstagsfraktionen zusammenzuschließen. Dieser Beschluß soll im Laufe des Samstags der Regierung und den Reichstagsparteien offiziell bekannt gegeben werden.

Berlin, 14. Juli. Der Beschluß der Reichstagsfraktionen der S.P.D. und der U.S.P.D., eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden, wird von den Blättern als ein Ereignis von großer politischer Tragweite angesehen. Ueber die Ausführung des Beschlusses werden sich laut „Vorwärts“ die beiden Fraktionsvorsitzenden im Laufe des heutigen Tages ins Benehmen setzen. Wie das Blatt schreibt, ist der Zweck der Arbeitsgemeinschaft, zwischen den beiden Fraktionen das Maximum der möglichen Einigkeit zu derwirklichen. Die Selbstständigkeit der Fraktionen und der hinter ihnen stehenden Organisationen bestehen dabei noch weiter fort. Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß mit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft der Weg zu einer dauernden Einigung betreten werde.

### Rückkehr des Reichspräsidenten nach Berlin

Berlin, 14. Juli. Laut „Vorwärts“ bringt die politische Lage den Reichspräsidenten, seinen Erholungs-aufenthalt hier vorzeitig abzubrechen. Die Abreise nach Berlin erfolgt heute abend 8 Uhr.

### Ein Spionageprozess in München

München, 14. Juli. Das Münchener Volksgericht verhandelte unter Ausschluß der Öffentlichkeit gegen 6 Personen, die wegen Spionage und Landesverrat angeklagt waren. Der Hauptangeklagte, der 19jährige Dattilo-graph Potier aus Bielefeld, der von einem Spionagebüro beauftragt war, Material über geheime Organisationen zu sammeln und die vaterländischen Vereinigungen zu überführen, wurde zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt, zwei weitere Angeklagte erhielten je 4 Jahre Zuchthaus, einer 3 Jahre, während der 5. freigesprochen wurde. In der Urteilsbegründung wurde festgestellt, daß in München ein Spionagebüro mit ausgezeichneter Spionageorganisation und einer Spionageschule bestete.

### Das Colorado der Mörder

München, 11. Juli. (Eig. Draht.) Während der Kaiserliche Ministerpräsident gestern in einer Versammlung der Reichsminister die allgemeine Lebensart über die Reichsminister und Republik machte, schied sich die von ihm geleitete Beamtenkommission an, Sabotage an dem Gesundheitsprozeß der Deutschen Republik und der Abschaffung tatkräftiger Elemente zu treffen. Die „Staatszeitung“ kündigt großartig eine Besondere der Münchener Volkszeitung an deswegen, weil die Berliner Polizei die bayerischen Hoheitsrechte groblich verletzt und u. a. den General Ludendorff einem Verhör unterworfen habe! Es ist noch nicht an der Zeit, über die außerordentlichen Schwierigkeiten, welche von bayerischer Seite von Beamten dem Oberreichsanwalt gemacht werden, zu sprechen. Sowie steht fest, daß die Staatsautorität, die das Reichsfeld für sich in Anspruch nimmt, schmächtig verletzt wird durch das fortgesetzte Patieren der bayerischen Beamtenhaft mit den monarchistischen Gesinnungen.

Um das völlige Versagen der bayerischen Polizei und die Notwendigkeit des Eingreifens von Reichsorganen klarzulegen, stellt die „Münchener Post“ heute ein Sündenregister der Münchener Verhörszentrale zusammen: Am November 1921 wurden mit französischen Vertretern offizielle Verhandlungen über den Anschluß Bayerns an eine fremde Großmacht geführt. Zur Verwirrung der Spuren der Gesandten Dr. Ruge und Berger wurde ein Polizeianwalt nach Eßlen entsandt. Der Einbruch und die Entwendung politischer Akten aus dem schweizerischen Konsulat ist immer noch nicht aufgeklärt. Die geheimen Waffenlager der Nationalsozialisten sind immer noch nicht ausgehoben. Die Angehörigen der nationalsozialistischen Arbeiterparteien dürfen auf Staatsgefängnissen scharf schreien.

Wie der „N. Bad. Landeszeitung“ weiter gemeldet wird, hat die von Berlin nach München entsandte Kommission zur Untersuchung des Nordsee an Bayern und zur Klärung der nach Süddeutschland weisenden Spuren in München nicht nur keine Unterstützung erfahren, sondern es ist ihr sogar jede Ausführung ihrer Aufgabe direkt untersagt worden, so daß sie ohne Resultat wieder abziehen mußte.

### Erhöhung der Personentaxe

Berlin, 12. Juli. Mit Rücksicht auf die fortschreitende Steigerung der persönlichen und öffentlichen Ausgaben und das ständige Sinken des Geldwertes hat der Reichsverkehrsminister es nicht mehr für vertretbar, die Personentaxe, die seit der Festsetzung am 1. Februar 1922 eine Erhöhung nicht mehr erfahren haben, weiter unverändert beizubehalten. Es ist deshalb eine Erhöhung der gegenwärtig geltenden Personentaxe um etwa 50 v. H. in Aussicht genommen, die zum 1. Oktober ds. J. wirksam werden soll. Gegenüber den bedeutenden Lohn- und Materialpreiserhöhungen auf allen Gebieten ist die Mehreinnahme der Reichsbahn, die auf 6 Milliarden veranschlagt wird, nicht hoch. Die Erhöhung soll nicht mehr durch prozentuale Zuschläge auf die jetzigen Fahrpreise, sondern im Wege organischer Durchbildung der Tarife unter Zugrundelegung neuer Einheitsätze erfolgen. Das Spannungsverhältnis zwischen den Fahrpreisen der einzelnen Wagenklassen, das im allgemeinen dem der Vorkriegszeit entspricht und, ausgehend von dem Fahrpreis der vierten Klasse, 1-1/2-2-1/2-4-1/2 beträgt, bleibt zunächst unverändert. Die neuen Einheitsätze für das Kilometer werden betragen: In der vierten Klasse 45 Pfennig, in der dritten Klasse 67 1/2 s., in der zweiten Klasse 112 1/2 s., in der ersten Klasse 202 1/2 s. Die Zuschlagsaufschläge werden betragen: Für die Zone I (1-75 Kilom.), in der dritten Klasse 15 v. H., in der ersten und zweiten Klasse 30 v. H., für die Zone II (76-150 Kilom.) in der ersten und zweiten Klasse 30 v. H., in der dritten Klasse 60 v. H., für die Zone III (über 150 Kilom.) in der dritten Klasse 45 v. H., in der ersten und zweiten Klasse 90 v. H. Auch auf die Beifahrten aller Art erstreckt sich die Erhöhung der Fahrpreise um 50 Prozent. Am jedoch den Berufs- und Siedlungsverkehr zu schonen, soll der sogenannte Notfahrpreis, demzufolge die Monatsfahrten schon jetzt zu nur 10 Einzelfahrten, die Wochenfahrten zu 4 Einzelfahrten herabgesetzt werden, noch dahin ausgebaut werden, daß vom 1. Oktober ab der Berechnung nur 14 bezw. 8 1/2 Fahrten zugrunde gelegt werden.

Als Gegenmaßnahme für den Militärpersonenverkehr ist, entsprechend der Erhöhung der Fahrpreise des allgemeinen Verkehrs in der dritten Wagenklasse auf das Zwanzigfache des Friedenspreises, der Betrag von 20 s. für das Kilometer in Aussicht

genommen. Die jetzigen Preise für Beifahrten und Kabinverlängerungen bleiben mit Rücksicht auf die vor kurzem vorgenommene Erhöhung zunächst bestehen. Der Preis der Dünndarmarten beträgt künftig die Hälfte des Fahrpreises dritter Klasse, eine aus denselben Gründen wie der Personentaxe von 10 s. für 1922 erhöht werden, und zwar ist ein Frachttarif zum 1. Oktober 10 Kilogr. und 1 Kilom. in Aussicht genommen. Die Mindestfracht für Gepäck wird (von 5 auf 10 s. heraufgesetzt. Wenn auch diese Tarifierhöhung weite Kreise des reisenden Publikums jämerlich betrifft, so ist sie jedoch durch die fortschreitende Teuerung und Geldentwertung unvermeidlich geworden. Soziale Gesichtspunkte sind soweit wie möglich berücksichtigt, so daß besondere Härten vermieden sein dürften.

### Badischer Landtag

gr. Karlsruhe, 14. Juli.

#### 77. öffentliche Sitzung

Präsident Wittenmann eröffnet die Sitzung um 8.15 Uhr. Eingegangen ist ein Gesetzentwurf zur Umwandlung der Staatsbrauerei in eine Aktiengesellschaft.

Eingegangen ist ein Schreiben der Bundesversammlung in Karlsruhe, worin sie die Vorkommnisse bei der Ermordung Dr. Rathenau beauftragt.

#### Main-Donau-Wasserstraße

Abg. Freudenberger (Dem.) berichtet über den Gesetzentwurf über die Main-Donau-Wasserstraße. Hierdurch wird das Staatsministerium ermächtigt, das Land Baden an der Rhein- und Donau-Aktiengesellschaft in München durch Übernahme von Stammaktien im Nennbetrag von 4 Millionen Mark zu beteiligen. Weiter wird durch den Gesetzentwurf den Vereinbarungen über die Ausführung des Unternehmens zugestimmt. Gegenstand des gemeinschaftlichen Unternehmens ist der Bau verschiedener Großschiffahrtsstraßen. Die Gesellschaft übernimmt die Verpflichtung, die Wasserstraßen nach den im Einvernehmen mit der Gesellschaft festgestellten allgemeinen Plänen des Reichsverkehrsministeriums für Schiffe von 1200 bis 1500 Tonnen Tragfähigkeit und unter Einhaltung der streng nach wirtschaftlichen Grundsätzen aufgestellten und der Zustimmung des Reichs, Bayerns und der Gesellschaft unterliegender Bauprogramme auszubauen. Die Gesellschaft erhält durch eine besondere Verleihungsurkunde des Reichs und Bayerns für hundert Jahre das Recht, die von ihr ausgebauten Wasserstraßen für hundert Jahre an das Reich, das Reich für die auszubauenden Wasserstraßen verpachten und in dem bisherigen Umfang unterhalten. Die dadurch entstehenden fälligen und anteiligen persönlichen Kosten trägt das Reich. Das Bauprogramm hofft man bis 1928 durchzuführen.

Der Gesetzentwurf wird in beiden Lesungen einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Glöckner (Dem.) berichtet über den Gesetzentwurf über die Änderung des Dünnetagesesetz. Die Dünnetagesesetzgebung paßt sich der Erhöhung der Beamtengehälter an. Der Gesetzentwurf wird in beiden Lesungen einstimmig angenommen.

#### Erhöhung der Bürgschaftsbeträge zum Bau von Kleinwohnungen

Abg. Dr. Glöckner (Dem.) berichtet über den Gesetzentwurf, wonach die Bürgschaftsbeträge zum Bau von Kleinwohnungen von 1 Million Mark auf 1 1/2 Millionen Mark erhöht werden. Der Gesetzentwurf wird in beiden Lesungen einstimmig angenommen.

#### Das Badenwerk

Abg. Marim (Soz.) berichtet über den Gesetzentwurf bezüglich der Verkauf des Badenwerks an das Badenwerk, dessen Aktien sämtliche im Besitz des Staates sind, wie dies der Landtag bereits früher genehmigte. Der Kaufpreis beträgt 211 671 104,50 M. Es handelt sich um die formelle Festlegung des feinerzeitigen Landtagsbeschlusses.

Abg. Maier (Edd.) Dem Bericht zufolge bleibt der Staat nach wie vor Besitzer der Aktien. Der Landtag wird hierbei durch den Finanzminister und Arbeitsminister im Aufsichtsrat vertreten. Dem können wir nicht zustimmen. Wir betrachten die Vererbung der verschiedenen Aufsichtsratsmitglieder als einseitig (Abg. Maier-Heidelberg (Soz.): Der Landtag war eben damals noch nicht lebendig.) Der Landtag ist nicht im Aufsichtsrat vertreten (Zwischenruf: Aber die Landwirtschaft ist vertreten). Der Landtag aber nicht. Wir wünschen, daß mehr Abgeordnete im Aufsichtsrat vertreten sind. Wir enthalten uns deshalb der Abstimmung.

Abg. Maier-Karlsruhe (D.Nat.): Wir hätten gewünscht, daß das Werk anders aufgegeben wird. Nachdem dies nicht geschah, stimmen wir jedoch zu. Die Vorschläge des Abg. Maier halten wir für unrichtig. Denn der Landtag soll über dem Unternehmen stehen.

Abg. Dr. Behner (Ztr.) erklärt, daß es unmöglich ist, daß der Landtag soviel in der Aktiengesellschaft herumredet, als der Abg. Maier wünscht. Die Aktien werden durch den Staat, also durch das Staatsministerium, repräsentiert. Dieses beauftragt die beiden Minister mit der Wahrnehmung seiner Interessen.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.): Der Aufsichtsrat ist nicht nach politischen Gesichtspunkten zusammengesetzt. Es ist ein Mitglied aus der Industrie, der Arbeiterschaft, der Landwirtschaft und der Banken darin. Es ist gut, daß die Vertreter der Staatsbehörden maßgebend im Aufsichtsrat sind. Wäre es nicht so, dann würde das Badenwerk zum Zummelplatz von Interessentengruppen werden. Als Mitglied des Aufsichtsrats verwalte ich mich gegen solche Interessentengruppen. (Zwischenruf im Landtag.) Wir betrachten uns als Sachwalter des Volkes. Denn die Arbeiterschaft hat keine Spezialinteressen an die Aktien wie der Landtag. Wäre belästigt die Aktie des Badenwerks des Staatsbetriebes. Jetzt bekämpfen sie die Aktiengesellschaft, weil der Landtag keine Vertretung darin hat.

Arbeitsminister Dr. Engler erklärt, daß laut Gesetzentwurf Vertreter von Interessentengruppen als solche nicht berufen werden. Es werden jedoch neben Beamten solche Männer ausgewählt, die keine Interessen politisch vertreten. Sobald ich von einem Aufsichtsratsmitglied hören würde, daß er Interessentengruppen treibt, müßte es ausscheiden. Eine faktische Politik kommt nicht in Frage. Man ist zur Form der Aktiengesellschaft gekommen, um das Unternehmen beweglicher zu gestalten.

Abg. Freudenberger (Dem.) stimmt dem Arbeitsminister bei. Es ist davon zu warnen, daß der Aufsichtsrat eine Interessentengruppe wird und daß man ihn politisiert, wie es der Landtag wünscht. Wäre warnte gerade der Landtag vor Politisierung und wüßte wirtschaftliche Gesichtspunkte. Wirtschaftliche Gesichtspunkte werden sich beim Landtag abzeichnen mit seinen Interessen.

Abg. Maier (Edd.) wünscht nochmals Vertretung des Landtages.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) erklärt, daß im Aufsichtsrat des Badenwerks keine Interessentengruppen vertreten werden kann. Arbeitsminister Dr. Engler erklärt, daß bei der Generalversammlung das Staatsministerium den Finanzminister und den Arbeitsminister mit seiner Vertretung beauftragt. Was die Interessentengruppe betrifft, so kommt hierfür der zu bildende Aufsichtsrat in Frage. Der Aufsichtsrat kommt hierfür nicht in Frage.

Abg. Dr. Schöfer (Ztr.) erklärt, daß das Einzelinteresse an besten durch Vertretung des Gesamtinteresses vorzuziehen ist. Die Art und Weise, wie der Landtag landwirtschaftliche Interessen vertritt, führt ins Gegenteil.

Abg. v. Au (Edd.) erklärt, daß auch andere Parteien als das Zentrum landwirtschaftliche Interessen vertreten könnten. Unsere Forderung ist keine Politisierung.

Abg. Dr. Schöfer (Ztr.) verweist sich gegen die Demagogie des Vorredners. (Zwischenruf des Herrn v. Au.) Die Art des Auftretens, wie sie Herr v. Au betreibt, ist man in diesem Hause nicht gewohnt. In allen Parteien haben wir sehr Vertreter, die Landwirtschaft betreiben.

Abg. Freudenberger (Dem.): Die heutige Debatte beweist, wie sehr die Umwandlung des Badenwerks in eine Aktiengesellschaft

### Wer sein Geld liebt,

der färbt Kleider, Blusen, Strümpfe, Gardinen und nur mit den besten Materialien „Reinmanns Farben“, Marke „Krauskopf im Stern“, weil sie die besten sind.

### Hinter Pflug und Schraubstock

Wissen aus dem Taschenbuch eines Ingenieurs  
15  
Von Max Gyth  
(Fortsetzung.)

Als ich in mein Zimmer trat, fand ich einen solchen angenehmen Brief auf dem Tisch. Von Belgien. Hat am Ende Goderill in Cercing seinen Irrtum eingesehen und will mich nun mit Gewalt zurückholen? Zu spät, Verehrtester! Tropen! Um mich Ihnen verständlicher zu machen. Ich erbrach den etwas schmutzigen Umschlag.

Keine launhaftige Handschrift, wie sie die Leute von Cercing schreiben; auch kein ganz musterhaftes Französisch. Aber leserlich und deutlich genug. Es war ein Schreiben des „Schwarzen Anters“ aus Antwerpen.

#### Monsieur!

Vergessen Sie, daß wir uns befehen. Sie zu demochristigen. Sie haben am 4. April 1901 eine Flasche English Ale bestellt und eine Flasche Cherry vertrunken. Vom feinsten Cherry, zu zehn Franken fünfzig Centimes die Flasche. Ihre Marie hat eine Verwechslung gemacht, und Sie haben den Irrtum getrunken. Dann sind Sie so schnell abgereist, ehe wir es bemerkt haben. Da Sie nicht wollen unglücklich machen unre Marie, die die Flasche erhalten muß, bitte ich denn Herrn Baron, zu schicken la difference, nämlich neun Franken dreißig Centimes.

Im ferneren Zuspruch bittend

Agréez, Monsieur, l'assurance de nos sentiments les plus distingués,  
Jean Pamperleken  
garçon et chef de cuisine de l'Anere Noire  
à Anvers.

Man war mir manches klar: mein wackender Mut, mein starrer Entschluß, mein ständiges Abgeschick, das bis zum heutigen Tage kein Kranz zu lesen vermochte.

Und wenn ich heute, nach bald vierzig Jahren, zurückdenke an den Anfang meines Wanderlebens, an das wunderbare englische Bier und an den blühenden Wahnsinn von damals, so kann ich mich nicht enthalten — und will's nicht — noch eines andern Kleines zu gedenken, aus einer Zeit, die weiter zurückliegt, fast an der Schwelle meiner Kindheit. Es fängt mit den Worten an: „Wag' hast du alterwege“ und ist wahr geblieben, bis ich wieder einleif im alten Dasein.

### Die Schmiede

Gleich in die Schmiede, wird die auch bang  
Im wirren Schmettern und Schallen!  
Es klingt wie stürmischer Windklang;  
Wie eine Kirche, so weit und lang,  
Dehnen sich mächtige Hallen.

Und erst und feierlich ist die fast.  
Du spürst durch all das Getöse  
Das Ringen des Tages, der Arbeit, des Hofs,  
Das Leben der Zeit in Kraft und Lust,  
Und ihre schaffende Größe. — — —

Geschwundene Eulen, das Nippenbach  
Verstärken im dampfenden Dunkel.  
Doch unten ist alles Licht und doch,  
Den Hellen entlang glüht fünfzigfach  
Sausender Feuer Gefunfel.

Der Amboss klingt Raschloedenrein  
In heller Arbeitstunde;  
Und hundert Hämmer groß und klein,  
In manieren Taste stimmen ein  
Ins frohliche Stummelgäute.

Aus Bergen von Kohlen schießen hervor,  
Wanzen, spitze Flammen:  
Sie zittern, sie zuden und singeln empor.  
Dann glüht, dort hinten im finsternen Chor,  
Alles blutrot zusammen.

Ein brennender Stahlblock, fast sonnenhell!  
Sie schleppen ihn unter den Hammer.  
Mit Ketten und Pangen geht's wunderdrehell.  
Es schraubt sich ätzend der plumpe Gefell,  
Stillos, in knirschendem Hammer.

Jetzt reißt sich das stille Metall,  
Ein Riese inmitten der Reute.  
Es hebt den Kopf, in schwarzem Grimm;  
Dann plötzlich mit töndendem Inneflümm,  
Stürzt's auf die stöhnende Reute.

Ein Funkensturm schießt durch die Nacht;  
Der Wind schneit blutige Tropfen.  
Er blüht und knack, es knack und knack.  
Er heult laut auf. Der Hammer lacht  
Ob seinem eigenen Knackfen.

Der ätzende Klob roll hin und her,  
Er stäubt sich zornig und edel sich.  
Die Schläge fallen, in kreuz und quer,  
Dah leise, wie Spielball, bald dumpf und schwer.  
Er bäumt, er windet und freck sich.

Es zittert das ganze Haus im Grund  
Nicht unter den donnernden Schlägen,  
Nur drauf! Das ist dem Gefellen gesund.  
Bald wird er edel, bald wird er rund  
Und lenkt sich ziellich bewegen.

Darüber bergeht ihm der rauhe Mut,  
Die sprühenden Risse verdrängen,  
Nun liegt er stille. Der Hammer ruht.  
So ist aus dem Klobe in Feuer und Blut  
Eine riesige Kurbel entstanden. — — —

Dort schmieden sie Flügel zu Laufenden aus,  
Die Boyonette und Klingen,  
Dort siehst du Kessel, so groß wie ein Haus,  
Die Panzerplatten, fast ist es ein Haus,  
An Inadenden Ketten sich schwingen.

Doch schäbharer Männer, dampfend im Schweiß  
Der Muskel, der tropfenden Stirne,  
Vaherrchen den tosenden Zauberkreis,  
Und hinter dem allem, raslos und leise,  
Ehrene Menschengehirne. — — —

Nun spricht: Ni's Windheit, Ni's Weidster Hof?  
Was kimmert die alternden Leute?  
Was kagen sie nur, ohn' Unterloß,  
Und gießen zornig ihr Tintenloß  
Leber den Hammer von heute?

Wie dem Geist, der alles verdrängt und erhebt,  
Nichts wieder ins Leben brächte,  
Wie in Nacht verfunken die große Welt,  
Wie alles so flüchtig sei beileit!  
Bei unserm Keinen Geschick!

Wie Kraft und Stoff verkommen sei  
Und wie verfahren der Karren:  
Das ist die ewige Flama.  
So geht in die Schmiede, ihr Leute aus Drei;  
Wagt in die Schmiede, ihr Karren!

Dort, wenn man nur sehen und hören mag,  
Was freudig das Leben uns bietet,  
Dort glüht noch der funkenprügende Tag,  
Dort brennt noch der alte Hammerloß,  
Mit dem Siegfried den Dammung geschmiedet.

(Fortsetzung folgt.)

schafft nötig war. Heute handelt es sich nicht um Einzelinteressen, sondern um Ausbau des Bodenwerks.

Abg. Herke (Völk.) weist auf die Veränderung der heutigen Verhältnisse gegenüber der Großstadt hin. Ich wende mich gegen die Demagogie. Wir hatten unsere Versprechungen an die Landwirtschaft.

Präsident Wittenmann rügt den verschleierten Gebrauch des Ausdrucks Demagogie.

Der Gesetzentwurf über den Verkauf des Murgwerks an das Badenwerk wird mit allen Stimmen bei 6 Enthaltungen (5 Landhändler und Abg. Schmidt-Breiten D.) angenommen.

Die schweizerischen Goldhypotheken

Abg. Marum (Soz.) berichtet über den Antrag Kaiser bezüglich der schweizerischen Goldhypotheken in Deutschland. Vor dem Krieg waren diese Goldhypotheken ungefährlich. Nach dem Abbruch des Krieges wurden sie jedoch gefährlich, als schweizer Gläubiger die Rückzahlung ihrer Hypotheken in Gold verlangten, wenn im Vertrag Goldzahlung vereinbart war. Im Reichstag wurde nun im Verlauf eines Abkommens vom Dezember 1920 mit der Schweiz ein Gesetz angenommen, das die Frage im Verlauf von 10 Jahren regelt. Nun liegt ein Antrag v. Au (Völk.) vor, das Abkommen einer gründlichen Revision zu unterziehen und die einseitig übernommenen Verpflichtungen der Schuldner mit rückwirkender Kraft durch das Reich zu übernehmen. Der Haushaltsausschuß kam zum Antrag, dem 1. Teil des Antrags durch neue Verhandlungen Bedingung zu setzen, wie es der Reichstag bereits zuvor plante, während beim 2. Teil des Antrags der Haushaltsausschuß nicht in der Lage war, ihm zuzustimmen. Denn auch andere Volksteile und Städte lamen durch Schuldschulden in eine schwierige Lage. Der Haushaltsausschuß beantragt daher, neue Verhandlungen mit der Schweiz zum Schutze der Goldhypothekenschuldner vorzunehmen und damit den Antrag v. Au erledigt zu erklären.

Abg. Duffner (Ztr.) weist auf die Bemerkungen des Reichstags hin, in dieser Sache eine Regelung zu erzielen, legt die Not der Goldhypothekenschuldner dar und protestiert gegen das Verhalten der Reichsbehörden.

Abg. v. Au (Völk.) kritisiert das Abkommen mit der Schweiz. Abg. Dr. Schmitt-Karlruhe (Ztr.) betont, daß der Haushaltsantrag und der Antrag v. Au in der Sache das gleiche sind. Nur in der Form unterscheiden sie sich. Inzwischen ist, daß die Reichsregierung in dieser Sache unglücklich gehandelt hat. (Abg. Marum (Soz.): Es war ja damals die Regierung der Sachmänner.)

Der Antrag v. Au (Völk.) wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Der Antrag des Haushaltsausschusses wird bei einer Enthaltung angenommen.

Ausländerverkehr in Baden

Abg. Dr. Schmitt-Karlruhe (Ztr.) berichtet über den Gesetzentwurf der Stadtgemeinde St. Blasien bezüglich des Ausländerverkehrs in Baden, worin niedere Zagen als bisher verlangt werden. Wie der Berichterstatter feststellt, hat Baden gemeinhin höhere Zagen, teilweise gleiche Zagen und nur für den Ballast hat Baden niedere Zagen als Baden. Der Fremdenverkehr in Baden-Baden zeigt, daß die Gesamtfrequenz von 1910 bis 1921 zugenommen hat. Alsdann ist eine Verringerung zu verzeichnen. Diese betrifft jedoch nur die Ausländer, nicht die Ausländer. Die Fremdenaufnahme fällt lediglich auf die Ausländer. Dies hängt mit der Steigerung der Revisionspreise zusammen. Auch der Ausländer soll die Möglichkeit haben, in Städten und Sommerfrischen zu erträglichen Preisen Unterkunft zu finden. Für die Fremden sollen keine unnötigen Plagen bestehen. Eine Jurisdiktion der Zagenordnung müssen wir jedoch ablehnen. Das Ausland muß unsere Lebensmittel erkennen. Es handelt sich hier um die Interessen der Gesamtheit. Der Haushaltsausschuß beantragt, die Eingabe St. Blasien der Regierung zur Kenntnis zu übermitteln.

Abg. Duffner (Ztr.) wünscht Berücksichtigung des neutralen Auslands, da es uns während des Krieges viel Gutes getan hat. Abg. Weber (Ztr. Vp.) weist auf die Minderleistung der Fremdenindustrie auf die Lebensmittelverteilung hin. Auf die neutralen Länder ist Rücksicht zu nehmen. Aber auch die Wiederanknüpfung von Beziehungen zu anderen Ländern wie Amerika ist wichtig. Der Pfingstverkehr ist an den Kurorten stark zurückgegangen. Dies kam zum Teil von den hohen Preisen. Die Zagen sollten schonend erhoben werden.

Abg. Albieß (Ztr.) erklärt, daß die Beschwerden auf die polizeilichen Maßnahmen beruhen.

Abg. Wirth (Soz.): Wir billigen die Verordnung der Regierung in vollem Maße, weil sie allen Verhältnissen Rechnung trägt. Die Agitation der Fremdenindustrie geht von falschen Voraussetzungen aus; man will die Fremdenindustrie nur in erträgliche Bahnen leiten. Am Anfang trägt die ungeheure Preissteigerung der Fremdenindustrie Schuld. Ein Offener Gerichtsbescheid zeigt, wieviel Lebensmittel durch die Hotels aufgebraucht werden. Wenn das Vertrauen des Auslands erschüttert wurde, so ist daran nicht die Zage, sondern die hohen Preisanforderungen Schuld. Das Vertrauen kann nur wieder hergestellt werden, wenn die Hotels wieder zu vernünftigen Preisen kommen. Die jetzigen Preise machen der deutschen Bevölkerung den Besuch der Sommerfrische unmöglich.

Abg. Dr. Glöckner (Dem.) schließt sich den Worten für die Neutralen an. Der Regierungsvorschlag verleiht jedoch die Grundzüge nicht. Von einer Schwächung durch die Abgaben kann man nicht sprechen.

Abg. Albieß (Ztr.) betont, daß zu Beginn der Saison nicht den Hotels etwas zu sehr gelohnt wurde und wünscht schonende Taxenerhebung.

Abg. Ganeemann (D.) bestreitet, daß die Fremdensteuer zu hoch ist. Die Eingabe von St. Blasien wird der Regierung einstimmig zur Kenntnisnahme überwiesen. Um 1.40 Uhr verläßt sich das Haus auf nachm. 1/4 Uhr.

Nachmittags-Sitzung

Präsident Wittenmann bittet bei Eröffnung der Sitzung, daß sich die Redner weniger an das Konzept halten möchten, wie dies in letzter Zeit öfters vorkam und teilt gleichzeitig mit, daß zur Abklärung der Gesetze bei Verzicht der Ausschüsse für Gesetze und Beschwerden in der Folge nur noch der Ausschussantrag zu Bericht kommt.

Ueber den Bereich der Straßburger Straßenbahngesellschaft mit dem badischen Staat

betreffend die in Baden gelegenen Linien der Straßburger Straßenbahngesellschaft, berichtet Abg. Seubert (Ztr.). Bisher war letztere Gesellschaft Eigentümerin dieser Bahnen. Dies soll aufgehoben werden. Dem Vertrag zufolge wird der Straßburger Straßenbahngesellschaft nunmehr von Baden und dem Reich ein bestimmter Betrag gezahlt. Was mit den Bahnen weiter geschehen soll, darüber stehen zwischen dem Reich und Baden noch Verhandlungen. Der Ausschuss beantragt Genehmigung des Vertrages. Weiter liegt ein Antrag um

Unterstützung der notleidenden badischen Privatbahnen durch das Reich

vor. Der Ausschuss beantragt diesen Antrag anzunehmen. Die Abstimmung im Plenum ergibt die Annahme beider Ausschussanträge.

Ein weiter vorliegender Gesetzentwurf bezüglich der

Lotabahn von Ettenheimmünster an den Rhein,

wodurch Bau und Betrieb einer vollstündigen Kleinbahn von Ettenheimmünster über Rinsweiler und Ettenheim nach Orschweiler werden können, wird in beiden Lesungen einstimmig angenommen. Danach soll die Strecke Orschweiler-Ettenheim als betriebsunfähig abgebrochen und der Erlös des Abbruchs zum Umbau der Strecke Orschweiler-Ettenheimmünster von Schmalpur auf Kollpur verwendet werden. In einer Entscheidung wird an Stelle der abzubrechenden Bahnstrecke eine Reichsstraßenmagistrale verlegt.

Zur Beamtenbesoldung

Abg. Hofheim (Dem.) begründet folgende Interpellation: Nach uns gedonnener Mitteilung erfolgt zur Zeit die Auszahlung der Beamtengehälter für das 3. Vierteljahr des Kalenderjahres 1922 noch auf Grund der Aprilregelung, obwohl in dessen auf 1. Mai eine Neuregelung verabschiedet wurde. In diesen Tagen eine weitere Neuregelung verabschiedet wurde. Den Gehaltsempfängern entsteht durch die jeweils verspätete Auszahlung der vollen Beträge eine außerordentliche Schädigung. Was gegen die Regierung zu tun, um die Gehaltsempfänger rechtzeitig in den Genuß ihrer vollen Gehaltsbezüge zu setzen?

Finanzminister Köhler: Die Annahme der förmlichen Anfrage, daß die Gehaltszahlung auf Grund der Aprilregelung erfolgt, stimmt nicht. Die meisten Beamten erhielten ihre Gehälter auf Grund der Märzregelung. Weiter ist es nicht zutreffend, daß die Juniabgabe nicht ausgezahlt wurde. Wir sind mitten in der Juniabgabe. Früher als der Reichstag es beschließt, können wir nicht auszahlen. Auch die anderen Länder zögerten nicht früher aus. Weiter ordnen wir an, daß die Augustgehälter bereits am 20. Juli ausgezahlt werden. Ebenso wurden auch die Kinderzulagen ausgezahlt. Man sollte Einzelfälle nicht generalisieren. Die Voraussetzungen der förmlichen Anfrage treffen nicht zu. Die Nachzahlung auf die Mai- und Juniabgabe an einige nichtplanmäßige Unterlehrer kann wegen ihrer geringen Höhe erst am 20. Juli mit dem Augustgehalt erfolgen, da sich ein besonderer Schatz da nicht lohnte. Auch im Reich bedurfte die Auszahlung einer gewissen Zeit. Die Regierung wird alle Möglichkeiten prüfen, um die Auszahlungen jeweils zu beschleunigen.

Ministerialrat Dr. Baumgartner teilt für das Unterrichtsministerium mit, daß die Auszahlung der Märzabgabe bis zum 17. Juni erfolgte. Bezüglich der Juniabgabe ist mitzuteilen, daß die Selbstberechnungsabgaben größtenteils erst heute eingegangen sind. Eine frühere Auszahlung war deshalb im Bereich des Unterrichtsministeriums nicht möglich.

Abg. Weßmann (Soz.) weist auf die Wichtigkeit der rechtzeitigen Gehaltsauszahlung hin. Als Weg zur Beförderung wäre die Auszahlung durch die Beamten ihre Gehälter sehr dringend gebrauchen. Dazu kommt die maßlose Preissteigerung in den letzten Wochen durch die Warenteuerung. Welcher Beamter in Baden hat nun das 100fache bekommen. Welcher Beamter in Baden hat nun das 100fache des Friedensgehaltes? Keiner. Deshalb reichen die Gehälter nicht aus. Es muß Beamte geben, die die Auszahlung der Bezüge lernen, um die Auszahlung zu beschleunigen. Denn durch die maßlose Teuerung muß den Beamten immer mehr nachgegangen werden. Gerade unter den Beamten herrscht das „glänzende“ Elend. Der Finanzminister sollte deshalb die Umgestaltung der Landeshaushaltskasse erwägen, um eine Beschleunigung der Auszahlungen zu ermöglichen.

Abg. Seubert (Ztr.) tritt für rasche Auszahlung der Gehälter ein und verweist auf die Schwierigkeiten einer rascheren Auszahlung. Die Rede des Abg. Hofheim war zum Fenster hinaus geschlagen.

Abg. Dr. Glöckner (Dem.) bezeichnet die Kritik des Abg. Hofheim am System für berechtigt. In der förmlichen Anfrage liegt kein Angriff gegen den Finanzminister. Es sollen nur Mängel beseitigt werden.

Finanzminister Köhler betont, daß die Verhältnisse anders liegen als bei den Eisenbahnen, die Ratten haben. Es fehlen uns eben Behörden für die Auszahlung. Das Staatsministerium ist von der großen Notlage der Beamtenenschaft überzeugt. Bei einer neuen Schuldenaufnahme getriebe sich, daß viele Kinder kein Hemd haben, weil die Eltern keine kaufen konnten. Die Beamten sind heute proletarisiert. Was wir tun können, das werden wir tun. Wir planen die Gründung einer Kasse, welche leicht kann dieser die Auszahlung übertragen werden. Wir werden am Ehesten ändern, was möglich ist.

Abg. Hofheim (Dem.) erklärt, daß der Zweck der förmlichen Anfrage erreicht wurde. In Personen wurde keine Kritik geübt. Ich vermahne mich dagegen, eine Anklagekammer gehalten zu haben. Ich wollte die Beamtenenschaft beruhigen.

Abg. Seubert (Ztr.) weist auf die verschiedenenfache Behandlung dieser Fragen hin.

Die Aussprache der förmlichen Anfrage ist damit beendet.

Stromabgabegesetz

Abg. Habermeß (D.) berichtet namens des Ausschusses über die Anfrage Dr. Herfurth (Ztr.) u. Gen. und Herke (Völk.) u. Gen. bezüglich der Gebühren bei der Stromabgabe. Der Haushaltsausschuß beantragt in Bericht dieser Anfrage von der Regierung die Vorlage einer Denkschrift.

Abg. Martin (Ztr.) wünscht, daß die Denkschrift bei Wiederausgang des Landtags vorgelegt wird.

Abg. Meier-Gödelberg (Soz.) erklärt, daß die Denkschrift objektiv sein muß und nicht tendenziös den Interessen der Antragsteller Rechnung tragen darf, wie es der Vorredner wünschte.

Der Antrag des Haushaltsausschusses auf Vorlage einer Denkschrift wird einstimmig angenommen.

Änderung des Forststrafrechts

Abg. Dr. Ganeemann (D.) berichtet über die Änderung des Forststrafrechts und Forstverordnungsverfahrens. Im Gesetzentwurf werden vor allem die Strafen den heutigen Wertverhältnissen angepaßt.

Der Gesetzentwurf wird angenommen.

Die Auffindung an verheiratete Lehrerinnen

Abg. Frau Fischer-Karlruhe (Soz.) berichtet über folgenden Antrag der weiblichen Abgeordneten aller Parteien: Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin wirken zu lassen, daß möglichst bald den verheirateten Beamtinnen der Austritt aus dem Staatsdienst dadurch erleichtert werde, daß ihnen eine entsprechende Abfindungssumme gewährt wird.

Der Antrag wird angenommen.

Es folgt die Beratung einer Reihe

Petitionen.

Hierbei liegt das Gesuch der Handwerkskammer Freiburg vor, den Übergang der Lehrbetriebe für Industriearbeiter G. m. b. H. auf die

deutschen orthopädischen Werke

übertragen zu machen und nachdem dies nicht möglich, diese allmählich abzubauen und den Privatbetrieben gleichzustellen. Demgegenüber tritt Abg. Kaufs (Soz.) lebhaft für die deutschen

orthopädischen Werke im Interesse der Kriegstrainingen ein, weist an Hand von Material des Hauptversorgungsamtes und 8 Verlagsgesellschaften nach, daß die orthopädischen Werke das Handwerk nicht erschaffen und begründet den sozialdemokratischen Antrag auf Übergang zur Tagesordnung angenommen hat. In der folgenden Abstimmung wird jedoch der sozialdemokratische Antrag auf Übergang zur Tagesordnung von den bürgerlichen Parteien abgelehnt und der Ausschussantrag zugunsten der Handwerkskammerpetition auf allmählichen Ausbau der orthopädischen Werke angenommen.

Nächste Sitzung: Montag, 17. Juli, nachm. 1/4 Uhr. Tagesordnung: Interpellationen über antisemitische Agitation, über Gesetzentwürfe während des Krieges und über Ausschreitungen bei den Demonstrationen. Schluß der Sitzung: 8 Uhr.

### Deutscher Reichstag

Der deutsche Nationalfeiertag

Berlin, 14. Juli.

Der Gesetzentwurf über Schaffung eines Freiheitsgebietes im Kieler Hafen wird nach längerer Aussprache in allen drei Lesungen angenommen. — Der Einpruch des Reichstags gegen die vom Reichstag beschlossene Erhöhung der Einkommensgrenze, bei der die Teuerungszuschüsse für Militärentner wegfallen sollen, wird dadurch erledigt, daß eine neue Abstimmung vorgenommen werden soll mit der Feststellung, ob die verfassungsmäßige Mehrheit vorhanden ist.

Es folgt die erste Beratung des von den Koalitionsparteien beantragten

Gesetzes über den deutschen Nationalfeiertag

Danach soll der 11. August, der Tag der Annahme der Weimarer Verfassung, staatlich anerkannter Feiertag im Sinne des Art. 139 der Reichsverfassung sein. An diesem Nationalfeiertag sind im deutschen Reich alle öffentlichen Gebäude mit den Reichsfarben zu beflaggen und in allen Schulen für Lehrer und Schüler verbindliche und der Bedeutung des Tages entsprechende Feiern zu veranstalten. Die Vorlage wird ohne Debatte dem Reichsausschuß überwiesen.

Es kommt sodann das Gesetz gegen die

wirtschaftliche Notlage der Presse

zur ersten Beratung. Die Regierung wird dadurch ermächtigt, aufgrund von Selbststeuermittlungen Preise für Holzstoff, Zellstoff und Druckpapier festzusetzen. Sie kann weiter die Erzeuger dieser Produkte in Verbände zusammenschließen, um unter behördlicher Mitwirkung einen Preisausgleich vorzunehmen.

Das Disziplinargesetz für die Wehrmacht wird dem Ausschuß für die Militärgerichtsbarkeit überwiesen. — Im Verlauf der folgenden Debatte bringen die Vertreter der Sozialdemokraten und kommunistischen Bedenken gegen die Einzelheiten der Vorlage vor; sie sehen in derselben den Versuch zur Wiederherstellung der Militärjustiz.

Die vorher zurückgehaltene Abstimmung über den vom Reichsrat angeforderten Gesetzentwurf über Teuerungsmäßigkeiten für Militärentner ergibt die einstimmige Annahme der im § 4 geänderten Vorlage.

Hierauf folgt die Beratung der Entwürfe zur Änderung der Bestimmungen wegen Preisstabilität, Schleichhandel und verbotene Ausfuhr.

Reichsjustizminister Dr. Rabenau wendet sich gegen die Anträge der Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten, die weitere Milderungen der Bestimmungen verlangen mit der Begründung, daß der reelle Kaufmann gegen ungerechte Verfolgung geschützt werden müsse. Der Minister erklärt, daß die Marktfrage jetzt schon von der Reichsregierung berücksichtigt werde, ebenso die Wiederanschaffungskosten und die Geldentwertung. Es sei nicht empfehlenswert, diese Ergebnisse in gesetzgeberischer Form zu präzisieren. Den nationalökonomischen Zweck zu bringen, möglichen Gewinns in eine klare juristische Form zu bringen, sei eine unlösliche Aufgabe. Der Minister bittet um Ablehnung des vom volkswirtschaftlichen Ausschuss eingebrachten Entwurfs, empfiehlt aber die Ausschussentscheidung, die eine Erleichterung des Wiederaufnahmeverfahrens, der Denaturalisierung von Sachverständigen und der Maßnahmen gegen Preisstabilität der Staatliche und Syndikale verlangt.

Abg. Ganeemann (D.) fordert eine Verschärfung der Wucherbestimmungen, verlangt aber andererseits für den Kaufmann einen angemessenen Zuschlag oder Abzug für die höheren Kosten bei Wiederverteilung des Lagers.

Abg. Wittenmann (Dem.) empfiehlt den gemeinsamen Antrag der bürgerlichen Parteien, der die Feststellung verlangt, daß der Preis keinen übermäßigen Gewinn darstellt, wenn er der Marktlage entspricht. Der Wiederschaffungspreis samt den nachweisbaren geschäftsmäßigen Anstößen sollen die Grundlagen für eine zulässige Preisstellung bilden.

Abg. Krüger (Soz.) lehnt diesen Antrag entschieden ab, da er geeignet sei, jeden Schatz der Konsumenten unmöglich zu machen.

Abg. Guno (D.Vp.) fordert schärfstes Eingreifen gegen den Wucher, andererseits aber Schutzmaßnahmen für den realen Kaufmann, der durch die veralteten Wucherbestimmungen ungerechten Schikanen ausgesetzt sei.

Abg. Korthaus (Ztr.) unterstützt ebenfalls den bürgerlichen Antrag, um ungerechte Schikanen dem realen Kaufmann gegenüber zu vermeiden. Es besteht kein Zweifel darüber, daß die bisherige Wuchererregung durchaus verfehlt hat.

Nachdem sich noch die Abg. Unterleiner (U.S.P.) und Dr. Herzfeld (Komm.) gegen den Versuch ausgesprochen haben, in dieser Zeit unerschämtesten Wuchers die Wuchergerichte abzubauen, erklärt Reichswirtschaftsminister Schmidt, er bebauere es sehr, daß in der gegenwärtigen Zeit ein Abbau der Wuchererregung versucht werde. Die übrigen Parteien bringen hier die Klagen von Industrie und Handel vor, bringen aber kein Wort für die berechtigten Klagen der schwerleidenden Verbraucherenschaft.

Ihn würde man zu einem Abbau der Wuchererregung nicht berechtigen, er würde vielmehr alles tun, um dem Wucher Einhalt zu tun. Wenn über den Mangel an Kapital zum Wiedereinkauf geklagt werde, so gebe es doch ein einfaches Mittel, nicht Gewinne von 200 und 300 Proz. an die Aktionäre auszuschütten, sondern Reserven anzusammeln. In erster Linie müßten die Klagen der Verbraucher berücksichtigt werden, die furchtbar zu leiden hätten. (Stürmischer Beifall links.)

Damit schließt die 2. Sitzung.

Was kostet es morgen?

Ein Gericht aus Teigwaren

Madel-Kauf mit Fleischresten

Dazu brauche ich: 1/2 Pfd. Madel, 120 Gr. Fleischreste oder Schinken, 2 Eier mit Milch vermischt, Salz, legenweise in die Form geben. 20 Minuten Backzeit. Salat dazu.





Aus der Stadt

Geschichtskalender

15. Juli. 1800 Pierre Brondson, soz-anarch. Theoretiker, in. Besangon. — 1862 Der Dichter Ludwig Judas in Frankfurt a. M. — 1921 Der Vorsitzende des Zimmererverbandes Reich Schrader in Hamburg.

Karlsruher Parteinarbeiten

Bezirk Miltheim. Die Parteigenossen mit Familienangehörigen werden ersucht, sich am Sonntag, den 16. ds. Mts., nachmittags 2 Uhr, anlässlich des Schachturnens des hiesigen Turnerbundes auf dem Nordflurplatz zahlreich beteiligen zu wollen.

Eine Versammlung der Betriebsvertrauensleute der sozialdem. Partei

findet am Mittwoch, 19. Juli, abends 8 Uhr, im „Elefanten“ statt. Genosse Reichsgraber, Schöpflin spricht über „Die neuesten Vorgänge im Reich“. Zu dieser Versammlung sind alle Betriebsvertrauensleute, soweit sie der sozialdem. Partei angehören, eingeladen und wird um ihre Erscheinen gebeten. Mitgliedsbuch oder Karte sind als Legitimation am Einlassingang vorzulegen.

Sind Elternvereinigungen notwendig?

Von Lehrerseite erhalten wir in dieser Frage folgenden sehr beachtenswerten Beitrag:

Zu lange schon gehen Schule und Elternhaus kalt und gleichgültig nebeneinander her, statt mit- und für einander an der Heranbildung unserer Jugend ein Hand in Hand zu arbeiten. Der Ruf nach einer engeren Verbindung ist darum in letzter Zeit stark hervorgetreten.

Die Frage ist nun: Welches ist der geeignete Weg? Treffen wir Einrichtungen, welche neben die Schule gestellt werden — wie etwa selbständige Elternvereinigungen, gleich welcher Art, — so ist eine engere und innere Verbindung von vornherein ausgeschlossen. Die Wege müssen hier von der Schule gewiesen werden, wie sie in den Rahmen ihrer Arbeit passen und dem ihr gesteckten Ziele entsprechen.

Unsere Simultanschule ist eine Gemeinschaftsschule, in welcher Kinder von Eltern verschiedener Berufsarten, Weltanschauungen und religiösen Bekenntnissen unterrichtet werden und damit schon die Gemeinschaftsidee in sich verkörpert, zu der die Kinder hingeführt werden sollen. Zu jener Gemeinschaft, wie sie ein ebenbürtiges Zusammenleben unseres Volkes naturgemäß bedingt. Die Schule soll ein aufrechtes, an Geist und Körper gesundes, sittliche gutes und religiöses Geschlecht heranbilden, im Geiste gegenseitiger Achtung und religiöser Toleranz. Die religiöse Erziehung, im Geiste der einzelnen Bekenntnisse, ist in dem gesetzlich garantierten Religionsunterricht innerhalb der Schule gewährleistet.

Unsere Simultanschule, auf solch breite Unterlage gestellt, kann recht wohl den Anspruch erheben, von jedermann unterstützt zu werden. Sie dient der Gesamtheit unseres Volkes und bedarf der Unterstützung zur Erreichung ihres hohen Zieles. Was die Schule braucht, ist tätige Mitarbeit in enger Verbindung mit der Schule. Der Weg hierzu ist ein aufbarer und; denn bei vielen Eltern muß das Interesse zur Mitarbeit erst geweckt werden. Es müssen:

- 1. die Eltern Gelegenheit haben, sich mit dem Lehrer ihres Kindes anzusprechen zu können (Sprechstunde);
2. den Eltern Wege gewiesen werden, wie sie positive Mitarbeit leisten können (Elternversammlungen und Elternabende);
3. die Eltern teilnehmen dürfen an allen Fragen der Schule, an welchen sie berechtigtes Interesse haben (Elternbeiräte).

Werden diese Forderungen, entfernungen aus dem ehrlichen Streben, einzig und allein unserer Jugend, unserer Schule und damit der Gesamtheit unseres Volkes zu dienen — auch in diesem Geiste in die Tat umgesetzt, so können reiche Früchte erwartet werden. Diese lösen Elternvereinigungen entsprechen in ihrer Zusammenfassung dem Charakter unserer Simultanschule, haben lediglich den Zweck, positive Zusammenarbeit zu leisten und stellen die so notwendige enge Verbindung zwischen Schule und Elternhaus her.

Jede Vereinigung, die eine politische oder konfessionelle Sonderstellung einnimmt, stellt sich neben die Schule und schließt, wie bereits erwähnt, eine engere Verbindung von vornherein aus.

Verordnung des Malerstreiks

Durch Schlichtung des Hauptarbitrars für das Malergewerbe wurde der nun drei Wochen dauernde Streik der Maler beendet. Der Mindestlohn beträgt nun für Karlsruhe für Gehilfen über 20 Jahre 31 M., für Gesellen unter 20 Jahre 5 Pro. weniger.

Bis auf einige Streikbrecher, deren Namen wir noch bekannt geben, war das Verhalten der Kollegen musterhaft. Möge dies auch in Zukunft so bleiben, denn nur durch eine gute geschlossene Organisation ist dem Unternehmertum das abzurufen, was der Arbeiter zum notwendigsten Lebensunterhalt für sich und seine Familie braucht. Auch den letzten Kollegen müssen wir in unseren Reihen zählen. Deshalb Kollegen, nicht nachsehen; in dem Geiste wie bisher müssen wir weiter arbeiten kann werden auch die Arbeitgeber in unserem Beruf einsehen, daß sie auf den Verhandlungswege weiter kommen, als wenn sie unsere berechtigten Forderungen brüsk ablehnen.

Verband der Maler: E m u r a.

Tagung des Hauptverbandes deutscher Orts-Tauschkassen

Die uns dem im Interkontinental veröffentlichten Aufruf des Ortsvereins und der Allg. Ortskassenliste zu ersehen ist,

findet Anfang September ds. Js. eine bedeutende Tagung des Hauptverbandes deutscher Ortskassen in unserer Landeshauptstadt statt und es ist zum Gelingen dieser die breite Öffentlichkeit interessierenden wichtigen Veranstaltung unbedingt nötig, die Quartierfrage in befriedigender Weise zu lösen. Außer etwa 600 Hotelgästen sollen gegen 1000 Privatkameradieren freigegeben werden und wir möchten auch von uns aus an dieser Stelle den Aufruf unterstützen und die Quartierbeschaffung mit Nachdruck durch Abgabe von Zimmer, die übrigens entsprechend vergütet werden, zu unterstützen.

Die Kleingärtner und Rieselfeldpächter

Sollten sich am Dienstag, abends 8 Uhr, im dichtbesetzten Saale des „Elefanten“ zusammenfinden, um ein Referat des 2. Vorsitzenden des Reichsverbandes der Kleingärtnervereine Deutschlands entgegenzunehmen. „Brennende Fragen des Kleingärtnerwesens“ nannte Fr. Steinweg seinen Vortrag. Die Kleingärtnerfrage dürfe nicht von isolierten Gesichtspunkten aus betrachtet werden, sondern als eine Kultur- und Volksbewegung, welche aus der Not der Zeit geboren und ein Kleingärtnerrecht geschaffen habe. Die Kleingärtnerbewegung gelangt nur durch starke Organisation zu Ansehen und Würde, wenn neben dem gemeinschaftlichen Geist des gemeinsamen Einflusses auch solcher der Preisregulierung einhergeht. Der Referent gab eine kurze Entschuldigungsrede des Kleingärtnerwesens, beginnend mit den 70er und 80er Jahren. Während des Krieges, als die Ertragsfrage immer brennender wurde, kam diese Bewegung auch bei uns in Baden ins Rollen. Das statistische Material des Referenten gab Zeugnis von den riesenhaften Leistungen der Berliner Kleingärtner, die für 80% Millionen pflanzliche und 2 1/2 Millionen fleischliche Nahrung mit einer Zahl von 40 000 zu produzieren in der Lage waren.

Der Vortragende ging auf die §§ 1, 2, 3, 5 des Reichsgesetzes der Kleingärtnerpacht- und Landbewirtschaftung ein, welches als Richtlinie für die Einzelkassaten gelten und mußte bedauern, daß in Baden der einzige Vollstaat sei, in welchem die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz noch nicht erlassen sind. Der Referent forderte die Anwesenden auf, schärfer als bisher ihre Interessen im Auge zu behalten und es nicht einfach dem Zufall anheim zu lassen, sondern die Sache durch die Kleingärtnervereine zu vertreten. In weiteren erläuterte der Referent einige Beispiele aus der Praxis und verbreitete sich über Kleingärtnerämter, Schiedsgerichte und Beiräte auf diesem Gebiete. Nur eine genaue Organisation auf dem Boden strengster Neutralität könne auch den 10 000 Karlsruher Kleingärtner zum zum Vorteil gereichen. Mit einem kräftigen Appell zum Anschluß an den Reichsverband der Kleingärtnervereine schloß der Redner seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

In der Ansprache beteiligten sich mehrere Kleingärtnerpächter. Den Wert des Anstufes konnte niemand bestreiten, nur über den Zeitpunkt war man geteilter Meinung. Die einstimmig angenommenen Resolutionen hat folgenden Wortlaut: „Die heute im „Elefanten“ stattgehabte Versammlung der Karlsruher Kleingärtner nimmt Kenntnis, daß Baden der einzige Bundesstaat in Deutschland ist, der noch keine Ausführungsbestimmungen zum Reichsgesetz „Kleingärtner, Kleinpächter und Landbewirtschaftung“ vom 31. Juli 1919, erlassen hat. Die sehr gut besuchte Versammlung fordert, daß das den Kleingärtner zuteilende Recht auf Grund des Gesetzes auch in Baden zur Ausführung komme.“

Im Schlußwort ging der Referent auf die in der Diskussion erörterten Meinungsverschiedenheiten ein und gab Erläuterungen, wo es nötig war, wobei der Idealismus der Kleingärtnerbewegung auflebte und fröhlichen Beifall dem Redner zuteil wurde.

Einwas aus der Tätigkeit des Wohnungsamts Karlsruhe. Die Karlsruher Mietervereine schreiben uns: Am 20. Dezember 1920 bekam Herr Finanzamtbeamter Jäger, Notarhaus, die Aufgabe, in seinem Hause Bismarckstraße 7 eine Notwohnung von 2 Zimmern und Kochstelle zu errichten. Die Anordnung wurde am 19. April 1921 durch das hiesige Mietverordnungsamt bestätigt. Der eingewiesene Mieter bekam aber vom Eigentümer nur eine Mansarde und Kochstelle zugewiesen. Ein Einbild in den Zwangsvertrag wurde dem Mieter nicht gestattet. Auf Beschwerde des Eingewiesenen bekommt der Herr Jäger am 27. April 1922 die Aufgabe, das gleiche Zimmer am 27. April 1922 zu räumen, andernfalls beim hiesigen Bezirksamt Klagevermerk zu stellen. Jedermann dankt nun, der Staatsbeamte Herr Jäger ein nachdenkendes Mitmenschen; was in seinem Hause für einen nachdenkenden Mitmenschen; insbesondere da dieses Wohnhaus ja besetzt wird. Aber festzustellen ist, daß die Wohnung am 27. Juni bekommt der Mieter vom Stadtbauamt die Nachricht, daß der Herr Finanzamtbeamte die Mansarde nicht abtreten muß. Die städtische Kommission beim Wohnungsamt habe so beschloffen. Schluß aus der Sache zu ziehen, überlassen wir den Lesern. Reichtliche schöne Säckelchen haben wir noch auf Lager. Was sagt da die Auffichtsbehörde dazu, z. B. das Arbeitsministerium?

Rindertransporte. Am Dienstag, den 18. Juli, nachm. 4 Uhr 50 Min. treffen 40 Rinder aus Herr enalß und um 2 1/2 Uhr 30 Rinder aus Langenbrand hier ein. Alle diese Rinder waren 6 Wochen lang durch den Verein Jugendhilfe zur Straftilgung ihrer Gesundheit in Erholungsheimen untergebracht. Am Freitag, den 21. Juli, zeit die gleiche Anzahl Rinder wieder nach Herr enalß und Langenbrand ab. Krone jeder durch Spenden bei, das Wert des Vereins Jugendhilfe durchzuführen.

Platzkonzert und Straßensammlung. Am Sonntag, den 16. Juli, konzertieren anlässlich des 25jährigen Jubiläums des Musikvereins „Harmonie“ vorm. von 12-14 Uhr folgende Kapellen: Im Stadtpark die Schillerkapelle, auf dem Schloßplatz der Kanauer Musikverein Nebl (in der Nacht), auf dem Werberplatz der Musikverein Waggelsturm und auf dem Gutenbergplatz der Musikverein Harmonie. Nebenbei findet zu Gunsten der Jugendhilfe Sammlungen statt, um möglichst vielen Kindern die Wohltat eines Erholungsurlaubes verschaffen zu können.

Stadt-Konzertsaal. Auf die heute Samstagabend stattfindende Aufführung der sehr interessanten Operette „Apachen“ von Ralph Van Dyke sei hiermit nochmals hingewiesen. Morgens Sonntag finden zwei Vorstellungen statt, und zwar formiert nachmittags 3 1/2 und abends 7 1/2 Uhr die Operette „Apachen“ zur Wiederholung. Die Nachmittagsvorstellung ist zu ermäßigten Preisen. Montag abend kommt für den Verein „Volksbühne“ (O 1) „Das Wildschützchen“ zur Aufführung. Dienstag und täglich bleibt die Operette „Apachen“ auf dem Spielplan. Für die Montagvorstellung sind ebenfalls noch Karten für das Publikum an der Kasse erhältlich.

Stadtparkkonzert. Anlässlich des 25jährigen Jubiläumstages des hiesigen Musikvereins Harmonie stehen für kommenden

Sonntag den 16. ds. Mts. für die Stadtparkbesucher einige Neberrichtungen bevor. Am Vormittag spielt die Schillerkapelle das übliche aufschlagfreie Promenadenkonzert unter Leitung von Hauptkapellmeister Waggelsturm von 4-7 Uhr konzertiert sodann die Harmoniekapelle in einem Festkonzert mit ausserordentlichem Programm unter Mitwirkung zweier ausserordentlich anerkannter Oboisten, nämlich des Kanauer Musikvereins Nebl (in Originaltracht — Kanauer Land —) und des Musikvereins Waggelsturm. Sie werden in abwechselnder Reihenfolge vor dem Publikum konkurrieren.

Mischehen in Baden. In den letzten Jahren vor Ausbruch des Krieges entfielen nach einer Mitteilung des Statistischen Landesamtes auf 100 Ehen im Jahre rund 16 Mischehen. In den Kriegsjahren stieg der Prozentsatz auf rund 26, seit Kriegsende sinkt der Anteil der Mischehen auf 17,1 und nähert sich somit wieder dem Stande der Vorkriegszeit.

p. Unfall. Am 14. Juli, vormittags gegen 10 Uhr, erlitt ein Hilfsarbeiter am Rheinfähren beim Schütten von Eichen dadurch einen Unfall, daß er sich mit dem Bein die große Zehe des linken Fußes spaltete. Der Verletzte wurde mittelst Krankenautos ins städtische Krankenhaus verbracht.

Valuta-Bericht vom 15. Juli

Die Mark notierte heute in der Schweiz stets 1.11 Fr. Ausgabe Holland notierte etwa 182 M. per 100 Gulden. Schweiz notierte etwa 88.25 M. per 100 Fr. England notierte etwa 2055 M. per 100 Pfd. Sterl. Frankreich notierte etwa 37.60 M. per 100 Fr. Neupost notierte etwa 457.50 M. per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 15. Juli

Voraussetzliche Witterung: Meist wolfig, boreist noch einzelne Regenfälle, frische zum Teil böige Winde, nachmittags zeitweilig Aufhellung.

Wasserstand des Rheins

Schutterinsel 255, gest. 17 Zm. Nebl 341, gest. 2 Zm. Nagau 332, gest. 17 Zm. Mannheim 425, gest. 11 Zm.

Die Musestunde

Die unserer heutigen Ausgabe beiliegende Nummer der 28. Woche der „Musestunde“ hat folgenden Inhalt: Die Arbeit; von Karoline Plotter. — Einjährerleben in Nacht und Tag; von Einar Willeßen. — Sonnen-Motore. — Für unsere Frauen: Göttlich ist nur die Liebe; von Bodenstedt. — Ein Denkmal der Mutterliebe. — Aus Welt und Wissen. — Wit und Humor. — Rätselräte. — Lebensweisheiten.

Kleine Nachrichten

Stuttgart. Das in der Nacht zum Freitagmorgen aus dem Museum der bildenden Künste gestohlene Rembrandtgemälde „Paul im Gefängnis“ ist wieder beschlagnahmt worden. Die Täter sind sechs Personen festgenommen worden.

Leipzig. Am Mittwochabend 11. Juli, wurde in der Wohnung der Angeklagten Hoffmann in der Straße 2. März in ihrer Wohnung der Reichswehrminister Emil Conrad ermordet und beraubt zu haben, des Raubmordes schuldig. Das Urteil lautete demgemäß auf Todesstrafe und dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Berlin. Eine Konferenz aller republikanischen Parteien im Verwaltungsbezirk Wilmersdorf-Großberlin hat beschlossen, zu beantragen, daß die Königsallee im Grunewald, in der Reichswehrminister Rathenau ermordet wurde, künftighin Rathenauallee heißen soll. Außerdem soll auf der Stelle, wo die Morbtat geschah, ein Gedenkstein für den Reichsminister errichtet werden.

Berlin. Nach einer Meldung des „Berl. Tageblattes“ aus Saargemünd hat in der vergangenen Nacht eine Gruppe von 60 bewaffneten Schmutzern einen Heberfall auf eine französische Poststation unternommen. Bei dem sich entwickelnden Feuergefecht wurden zwei französische Zollbeamte schwer verletzt. Zur Hilfe herbeigerufenen Polizei verfolgte die Schmutzler und nahm 10 von ihnen fest.

Genf. Wie dem Genfer internationalen Komitee für die Auslandschiffe von dem Delegierten Hansen aus der Arm mitgeteilt wird, wolle man dort am 4. Juli etwa 370 000 Dünngörbe, darunter 150 000 Kinder, etwa 100 000 Kinder und 60 000 Erwachsenen werden gegenwärtig durch örtliche Hilfsorganisationen ernährt. Die Sterblichkeit beträgt in gewissen Teilen der Arm 75% der Bevölkerung. In einigen Dörfern aber sind sämtliche Bewohner ausgestorben.

Warschau. Bei Byszewo (Galizien) flog ein Luftballon, der in die Luft. Die Stadt hat wenig gelitten, aber das Dorf Nowina ist vollständig zerstört. Die Zahl der Opfer, der Umfang des Schadens und die Ursache der Katastrophe konnte noch nicht festgestellt werden.

London. Bei einer Schlagwetterexplosion in einem Kohlenbergwerk in Stierling wurden 12 Bergleute getötet und 5 verletzt. London. Das französische Schiff „La France“, 5000 Tons, das größte Segelschiff der Welt, ist auf einem Riff 100 Meilen von der Küste von Neufundland gescheitert. Die Besatzung wurde gerettet.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Eheaufgebote: Willa Nähring von Werder, Afn. hier, mit Clara Grünsee von London. Josef Bach von Neß, Schloffer hier, mit Theresia Döckler von hier. Ferdinand Schäfer von Weiburg, Afn. hier, mit Rosa Herrmann von Büsch. Josef Müller von hier, Afn. in Stuttgart, mit Hermine Bauer von hier. Theodor Schwan von Durand, Lapezier hier, mit Regentia Ochs von Speyer.

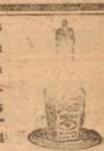
Geburten: Maria India, B. Hof. Pfefferker, Taglöhner. Herbert Karl, R. Karl Algeier, Postsekretär. Ruth Brandt, India, B. Aug. König, Afn. Alfred, B. Rud. Kallenbach, Fabrikantenbauern.

Todesfälle: Rosa Baumann, alt 61 Jahre, Wwe. von Jul. Baumann, Postsekretär. Wilhelmine Frech, ledig, Witwe, alt 50 Jahre, Frz. Babian, Chem. Fabr.-Arb., alt 45 Jahre. Mathilde Jodler, ledig, Witwe, alt 84 Jahre. Maria Bieder, ledig, Dienstm., alt 20 Jahre. Karl Rumb, Chem. Schmieb, alt 62 J. Beerigungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbener. Samstag den 18. Juli: 1 Uhr: Baumann, Rosa, Postsekretär-Wwe., Ruppurrerstr. 2a. — 3 Uhr: Frech, Wilhelmine, Witwe, Ruppurrerstr. 99, Feuerbestattung.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

in MAGGIS Originalflaschen nichts anderes als MAGGIS Würze feilgehalten werden. Beim Nachfüllen achte man deshalb darauf, dass die Würze aus der grossen mit dem Namen MAGGI versehenen Original-Flasche gefüllt wird. Auch verlange man ausdrücklich MAGGIS Würze und welse Nachahmungen zurück. 1594

Gesetzlich darf





### Baubund-Möbel

in bewährter Güte u. reicher Auswahl zu angemessenen Preisen gegen Barzahlung oder auf Teilzahlung.

#### Eigene Verkaufsstellen:

- Karlsruhe, Karlsruhstr. 22.
- Freiburg, Kaiserstr. 27.
- Bruchsal, Gewerbehalle a. Markt.
- Pforzheim, Theaterstr. 15.
- Offenburg, Steinstr. 2.
- Mosbach, Hauptstr. 12.
- Singen a. H., Scheffelstr. 25.
- Konstanz, Rosgartenstr. 51.

**Badischer Baubund** G. m. b. H.  
Gemeinnütziger Möbelvertrieb  
Telephon 5187 Karlsruhe am Nordringplatz

### Gaggenau.

Am 1. August ds. J. werden

**3 Zeitungsträgerinnen**  
für die Zustellung des „Volkstreu“ in Gaggenau gesucht.  
Bewerberinnen sind an Herrn Josef Wilsch, Rabstr. 8 in Gaggenau zu richten.  
Verlag des Volkstreu  
Geß & Co.

# Nutze dein Herdfeuer!

## Dicke Bohnen, Räucherspeck

Hiermit kommst Du schnell vom Fleck,  
Und wie kräftig ist das Essen!  
Eins nur sollst Du nicht vergessen:  
Nimm zu Nutzen und Komfort  
Deine Wäsche\*) gleich mit vor.

\*) Persil, das selbsttätige Waschmittel reinigt, bleicht und desinfiziert die Wäsche in einmaligem kurzen Kochen und bringt durch Mitbenutzung des täglichen Herdfeuers für die Wäsche größte Kohlenersparnis.



### Günstiges Angebot!

Ripsmäntel, etwas fehlerhaft

450

Tuch- und Cheviotmäntel von 4 575 an  
Alpaca-Mäntel für starke Frauen  
Flotte Waschkleider von 4 225 an  
Kostime aus guten Stoffen von 4 995 an  
Kostime aus Cheviot

4 1100 4 1850 4 1700  
Flotte Faltenröcke . . . . . 225  
Waschblusen . . . . . 75  
Strickjücken, Jumper, Prinzessröcke,  
Unterröcke, Regenschirme

**Daniels Konfektionshaus**  
Karlsruhe, Wilhelmstraße 34, 1 Tr.  
Da keine Ladenspesen besonders billige Preise.

Matratzen und Postermöbel werden gut und billig angefertigt sowie neu angefertigt.  
Sammerer, Wilhelmstraße 35.

### Frauen erwacht!

Hütet Euch vor „weisen Frauen“! Lest nach vergeblichen Versuchen mit nutzlosen und wertlosen „Mitteln“ das einzigartige Buch von Dr. Rosen über die „Verhütung der Empfängnis“. (Titel-angabe hier nicht gestattet). Es befreit Euch von Sorgen! Preis Mk 20.— Nachnahme, Porto extra. Buchverlag Eisner, Stuttgart, Schloßstr. 57 B.

Zum sofortigen Eintritt gesucht:  
**3-5 tüchtige jüngere Schlosser**  
für dauernde Beschäftigung.  
**Herdfabrik E. Koepfer,**  
Karl Schreiers Nachf., Gerrenstr. 44.

Samtliche **Farben Lacke** etc.  
gebrauchsfertig, für Anstriche aller Art, empfiehlt **Farbenhaus** Waldstrasse 15 b, Colosseum

### Die kluge Hausfrau

wartet nicht länger, sondern kauft die nötigen **Einkochgläser, Einkochapparate** usw.  
umgehend bei **C. F. Werner, Eisenhandlung** Gaggenau  
Nur Deglerstrasse 3.

**Offenburg.**  
**Warenhaus Steinberg & Co.**

**Kaufhaus Spinner**  
liefert alle Artikel des tägl. Bedarfs.

**Garngrosshandlung Kaufhaus Wörter**  
Spezialhaus für Stickgarn Kurz-, Weiss- u. Wollwaren.

**Email- und Metall-Reklame-Plakate**  
Aetz- u. Emaillewerke C. Robert Dold  
Offenburg.

**Walter Claus**  
Leinweberei und Bleicherei  
Gesellschaft mit beschr. Haftung.  
**Spinnerei und Weberei**  
Offenburg.

**Henco & Co.**  
Oelfabrik und Raffinerie.

**Trinkt Armbruster-Bier** Böhlinger & Reuss  
Offenburg.  
**Franz Meyer**  
Nähmaschinen, Fahrräder, Zentrifugen,  
Reparaturwerkstätte.

**Kaufhaus Weiher**  
Grosse Auswahl in Haus- und Küchen-Einrichtungen  
— Mässige Preise. —  
Reserviert für Firma  
J. Jenewein & Co., Offenburg

**B. Stern, Offenburg**  
Schuhwarenhaus  
Vorteilhafte Bezugsquelle beim Einkauf von guten und preiswerten Schuhwaren.

**Geschäftliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer-Fahrplan**  
Erste Rastatter Herdfabrik  
**Unkel, Wolff & Zwiffelhoffer, Rastatt (Baden)**  
Kohlenherde und kombinierte Herde.

**Gaggenau (Murgtal).**  
**Schuhwaren**  
Masse- und Reparaturwerkstätte  
**Schuhhaus J. Schmitt.**

**Badische Maschinenfabrik**  
Durlach  
Giessereimaschinen  
Gerbereimaschinen  
Zündholzmaschinen

Karlsruhe Reichsstrasse—Ettlingen Holzhof.											
	K	F	W	W	F	W	F	W	F	W	F
Karlsruhe Reichsstrasse ab	600	621	700	710	730	800	820	900	920	1000	1020
Karlsruhe-Röppurr . . . ab	810	831	910	920	940	1010	1030	1110	1130	1210	1230
Ettlingen Holzhof . . . an	600	621	700	710	730	800	820	900	920	1000	1020
Ettlingen Holzhof—Karlsruhe Reichsstrasse.											
	K	F	W	W	F	W	F	W	F	W	F
Ettlingen Holzhof . . . ab	500	521	600	610	630	700	720	800	820	900	920
Karlsruhe-Röppurr . . . ab	510	531	610	620	640	710	730	810	830	910	930
Karlsruhe Reichsstrasse an	500	521	600	610	630	700	720	800	820	900	920

**Wein- und Edelobst-Brennerei**  
**Badenia G. m. b. H.**  
**A. Rheinboldt**  
Manufaktur- u. Modewaren.

**Fritz Schoel**  
Spezialhaus für Herren- und Knaben-Bekleidung.

**Gebr. Tannhäuser - Fischmarkt 1**  
Herren- und Knaben-Bekleidung

**Carl Mayer Ww.** Feine Herrenschneiderel  
Herren-Mode-Artikel

**Hauser & Levi**  
Spezialhaus für Manufakturwaren und Damen-Konfektion

Herren-u. Knabenkonfektion  
**Jacob Maier**

**Gustav Fritsch - Hauptstr. 45**  
Herren- und Damen-Schneiderel  
**Gebr. Kahn, Manufakturwaren engros**  
Verkauf nur an Wiederverkäufer.

**Herren-Artikel Hüte, Mützen.**  
**Karl Kimmert**  
Inh.: Ludwig Heß.

**Gebr. Bloch Nachfolger**  
Manufakturwaren: Haupt-, Ecke Ritterstraße

**Schuh-Haus Leo Haberer & Co.**  
Hauptstrasse 80, neben Einhorn-Apotheke  
Bekanntes Haus für gute Waren.

**Friedrich Lauth,** Manufakturwaren  
Hauptstrasse 85.

**Rastatt**  
**Vereinsbank Rastatt**  
e. G. m. b. H. Poststraße 4. Telephon 1.  
**Brauerei C. Franz** G. m. b. H.  
empfiehlt ihre vorzüglichen Biere.  
**Wilhelm Stierlen**  
Maschinen- und Metallwarenfabrik.

**Badische Polierscheiben- und Putzwoll-Fabrik**  
Rastatt. **Gröner & Bloch.** Tel. 85.  
**Gebr. Blechner, Nachf.**  
Manufakturwaren: Herren- und Damenkonfektion: Berufskleidung

**REINHARD ERTEL**  
Erstes Herren-Reise- und Sport-Artikel-Spezialhaus  
**Anton Matheis (Inh.: Aug. Matheis)**  
Kaiserstr. 35 **Schuhwaren** gegr. 1882.

**S. Weil & Söhne,** Schuhfabriken  
Rastatt.  
**P. M. Gräßinger** Manufakturwaren  
aller Art Damen-, Kinder- und Herren-Konfektion.

**G. Ertel** Weiss-, Woll-Strumpfwaren  
Kinderwäsche, Pelzkragen.  
**Richard Baer, Rastatt**  
Lumpen- und Papiersortieranstalt  
Einkauf von Lumpen- und Papierabfällen.

**Carl Frick** Kaufhaus  
Inh.: W. Zabler, Rastatt **Karl Stutz**  
Wäsche, Kurz- und Wollwaren.

**Bühl I. B.**  
**Kauffmann & Wagner** Kupferschmiede  
u. Apparatenbau  
Bühl (Baden). Telephon 155.  
**J. Bierig & Rosenfeld, Bühl i. B.**  
Rohproduktion, Papiergrosshandlung. Tel. 50  
für Büro u. Lager, Poststr. 5, Steinstr. 11 u. 10.

**Wolff Netter & Jacobi, Bühl (Baden)**  
Eisen und Metalle u. Maschinenfabrik und Eisengieserei  
Telegr.-Adresse: Metallnetter Bühlbadener - Fernruf 61 u. 245  
**Math. Maier** Stärke-, Klebstoff- u. Pflanzenleim-Fabrik  
Aitschweier - Bühl i. B.

**Fabrik Stolzenberg**  
Deutsche Bureau-Einrichtungs-Gesellschaft m. b. H.  
**Oos - Baden.**

**Kunstlederbau G.m.b.H. Ettlingen**  
 (Privatbetrieb)  
 Werkstätten zur Herstellung künstlicher  
 Leder und orthopädischer Schuhwaren  
 für Kriegsbeschädigte und Private.  
 Zweigstellen: Mannheim: Schloßwache  
 Mosbach: Kronengasse 6  
 Rastatt: Iller Kasernen 11287  
 Offenburg: Kasernengebäude Bau I  
 Dornschillingen: Wöhrdenstraße 2  
 Karlsruhe: Kriegsstr. 105, b. Garnis.-Lazarett

**Zur Wolfschlucht** Schützen-  
 strasse 10  
 Straßenbahnhaltestelle: Am Stadtgarten.  
 Schöne Lokale für Vereine u. Gesellschaften.  
 Garten u. Kegelbahn. Gute bürgerliche Küche.  
 Reine Weine u. Biere. Inh.: Ludwig Goos.

**Öffentliche Aufforderung**  
 zur Abgabe der Anmeldungen der Kraftfahr-  
 zeuge und Probefahrtenzeichen zum Zwecke  
 der Besteuerung.  
 Nach dem Kraftfahrzeugssteuergesetz vom 8. April  
 1922 sind mit Wirkung vom 1. Juli 1922 ab auch die  
 bisher steuerfreien Kraftfahrzeuge, insbesondere also  
 Kraftfahrzeuge, Kraftomnibusse, und Lastkraftwagen,  
 sowie die Probefahrtenzeichen zu besteuern.  
 Ferner sind nach § 19 Absatz 2 des Gesetzes auch  
 die Eigentümer bereits besteuert Kraftfahrzeuge  
 zur Abgabe einer neuen Steuerkarte verpflichtet, wenn  
 die laufende Steuerkarte nach dem 31. Oktober 1921  
 gelöst worden ist.  
 Die hiernach steuerpflichtigen Kraftfahrzeugbesitzer  
 und Inhaber von Probefahrtenzeichen sind zur An-  
 meldung ihrer Kraftfahrzeuge und Probefahrten-  
 zeichen bei den unterzeichneten Finanzämtern ver-  
 pflichtet. Die Finanzämter werden die Steuerpflich-  
 tigen, soweit sie ihnen bekannt sind, demnach zur  
 Anmeldung unter gleichzeitiger Beibringung von  
 Besondere Anforderungen sind zu erfüllen, wenn ihm eine  
 besondere Aufforderung oder ein Vorblatt nicht inner-  
 halb 2 Monate zugefandt worden ist.

**Finanzamt Stadt, Finanzamt Land.**  
 Das allgemeine Erbschafts-XXIV des Haupt-  
 richterhofes auf welchem in der Zeit vom 5. Februar 1921  
 bis 20. Juni 1922 die Leichen erwachsener Personen  
 beigesetzt wurden, kommt mit Wirkung vom 15. Sep-  
 tember 1922 zur Umgrübung.  
 Alle an diesen Gräbern befindlichen Grabdenkmale,  
 Einfassungen usw. sind sofort durch die Eigentümer  
 zu beseitigen, widrigenfalls diese Arbeit von uns  
 vorgenommen wird.  
 Wer die Beseitigung eines Grabes auf die  
 Dauer einer weiteren Umgrübungsrück erlangen will,  
 wolle dies bis zum 15. September d. J. auf dem  
 Friedhofsdirektor, Karl-Wilhelmsstr. 55, anmelden, wofür  
 ihm die Bedingungen, unter welchen die Beseitigung  
 gestattet wird, mitgeteilt werden.

**Stadt, Gartenamt.**  
 Infolge der weiter gelagerten Feuerung werden  
 die nachstehenden Gebühren, wie folgt, erhöht:  
 I. Mit sofortiger Wirkung:  
 a) Abgabe von Straßeneinblick für 1 cbm 15 M.  
 bzw. für eine Fahre 45 M. ab Bahnh.  
 b) Abgabe von Wasser für 1 cbm 20 M. ab Bahnh.  
 c) Abgabe von Wasser für 1 cbm 20 M. ab Bahnh.  
 d) Abgabe von Wasser für 1 cbm 20 M. ab Bahnh.  
 II. mit Wirkung vom 1. Juli d. J.  
 a) Kontrolle der Abfallanlagen 30 M. jährlich  
 b) Reinigung von Hausentwässerungsanlagen für  
 1 Entwässerungsteil 60 M.  
 c) Sonderleistungen bei der Müllabfuhr  
 1. Entleeren von Gefäßen, die in rückliegenden  
 Grundstücken aufgestellt sind, für 1 Grund-  
 stück 450 M. jährlich  
 2. Abholen von Gewerbeabfällen für 1 Grund-  
 stück:  
 bei Aufstellung der Gefäße zunächst der  
 Straße 900 M. jährlich  
 bei Abholung im Hof je 1400 M. jährlich  
 3. für Abholen von Müll aus Gruben und  
 Lagerplätzen werden die Selbstkosten zuzügl.  
 der geordneten Verwaltungsaufschläge be-  
 rechnet.

**Gastols.**  
 Die ab 1. Juli d. J. weiter eingetretene Er-  
 höhung der Kohlenpreise zwingt uns, die Kohlen-  
 verkaufspreise entsprechend zu erhöhen.  
 Wir berechnen unseren künftigen Abnehmern ab  
 17. ds. Mts. bis auf weiteres:  
**Ruß- und Stücklots**  
 den Zentner zu M. 143.— ab Werk.  
 M. 150.— frei Keller.  
 Karlsruhe, den 14. Juli 1922.  
 Städtisches Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt.

**Bauarbeiter-Genossenschaft**  
**Selbsthilfe**  
 Ausführung von Reparaturen in  
 Manier, Verputz-, Dachdecker-,  
 Zimmer, Steinhauer- und Platten-  
 arbeiten.  
**Billigste Preise**  
 Auskunft:  
 Wilhelmstr. 47 II. Telefon 5200.

**Arbeiter! Werbet für den**  
**„Volkstempel“**

**Stadt, Konzerthaus**  
 Leitung: Direktor  
 Adalbert Steffter.  
 Heute Samstag  
 abends 7 1/2 Uhr  
**Apachen.**  
 Morgen Sonntag  
 2 Vorstellungen  
 nachmittags 3 1/2 Uhr  
 zu ermäßigten Preisen  
**Apachen.**  
 abends 7 1/2 Uhr  
**Apachen.**  
 Montag, den 17. Juli,  
 abends 7 1/2 Uhr  
 Vorstellung für Verein  
 „Volkshöhle“ O 1  
**Das Glücksmädel.**  
 Stadt, Freibank.  
 Steinhöfstraße.  
 Montag, den 9 bis 10 Uhr  
 Nr. 3951—4070.

**Sommer-  
 Pferdedecken**  
 in grosser Auswahl.  
 Lagerbesuch für  
 Jedermann lohnend.  
**Arthur Baer**  
 Kaiserstr. 133  
 eine Treppe hoch,  
 Eingang Kreuzstraße.

**Fahrrad-Bereifung**  
 Gummiabfuhr, Gummi-  
 zellen, Ventil- und  
 Pumpenabfuhr kaufen  
 Sie preiswert in der  
 Dampf-Balken-  
 Werkstatt  
**Kapellenstraße 42**

**Gute Ideen**  
 Wer solche hat ob-  
 sucht bei Vorblatt  
 und Erfindungs-  
 kostenlos.  
 Ingenieure  
 Müller & Co.,  
 Leipzig, Post-  
 fächerstraße 14.

**Bad, Rote Kreuz-  
 Geld-Lotterie**  
 Zahlung 21. Juli 1922  
**37000  
 20000**  
 Lotter 1.90 M., Porto u. Liste  
 extra. Lotterien-Literatur  
**J. Stürmer**  
 Mannheim, O 7, 11  
 und allen Lotteriekäufern

**Mehrere tüchtige  
 Automaten- und  
 Revolverdreher**  
 für Präzisionsarbeiten  
**sofort gesucht**  
 Angebote mit Zeugnisabschriften an  
**Benz & Cie., A.-G., Mannheim**

**Gritzner-Fahrräder und  
 Nähmaschinen**  
 kaufen Sie immer noch am vorzueil-  
 haltensten in der Fabrik-Niederlage  
**J. Seiser, Gaggenau, Haupt-  
 str. 55.**  
 Großes Lager in Continental-Fahrrad-  
 gummi, Fahrrad- u. Nähmaschinen-  
 Zubehör. — Reparatur.

**Residenz-Lichtspiele**  
 Waldstraße 30 — Telefon 5111.  
 Ab Samstag, den 15. bis einschl.  
 Dienstag, den 18. Juli  
**Des Lebens und der  
 Liebe Wellen**  
 6 Akte.  
 In den Hauptrollen:  
**Fern Andra, Leopold von Ledebour  
 Heinz Sarnow.**

**Die Scheidungsfalle**  
 Lustspiel in 2 Akten.  
 In den Hauptrollen:  
**Heinz Sarnow, Erna Alberti  
 Jda Vane.**  
 Nur in den Werktag-Nachmittags-  
 vorstellungen  
**Im Wasser und unter  
 der Erde**  
 (Das Panzergeschoss)  
 6 Akte. 4390

**Palast-Theater**  
 Herrenstrasse  
 Ab heute  
 Das große dramatische Kunst-  
 werk  
**Der Verfluchte**  
 Abenteuer-Sensations-Drama  
 in 6 Akten von Ernst R. Fey  
 Hauptdarsteller:  
**Violetta Napierska Lotte Lorring  
 Karl Wustenhausen Fritz Greiner**  
**Der Photographen-  
 simmerl**  
 Lustspiel mit dem beliebtesten  
 Münchner Komiker **AUGUST  
 JUNKER** in der Hauptrolle.

**T. C. „Suevia“ Karlsruhe** Gegr.  
 1908.  
 Sonntag, den 16. ds. Mts.  
**Tanz-Ausflug**  
 nach Durlach, Gasthaus „zur Blume“.  
 Freunde und Gönner des Vereins ladet ein.  
 Beginn 4 Uhr nachm. Der Vorstand.

**Wir suchen je eine zuverlässige  
 Zeitungs-Trägerin**  
 für die Mittelstadt und Weststadt.  
 Geeignete Bewerberinnen wollen sich bei  
 uns melden.  
**Geschäftsstelle des „Volkstempel“**  
 Luisenstraße 24.

**Gummireifen**  
 prima Qualität (die selben  
 werden aufgeföhrt nach  
 besten Verfahren) sowie  
 Ersatzkeder, Speichen,  
 etc. empfiehlt für  
**Kinderwagen**  
 H. Bebnll, Drengstr. 7,  
 Hof, Ecke Kaiserstr. 4101

**2 Betttröste**  
 sehr gut erhält, zu verk.  
 stilian, Sofiteutr. 89 V.

**Offenbacher Lederwaren-Vertrieb**  
 nur Kaiserstrasse 203! Karlsruhe

**Grieslich's Weinstube**  
 Werderstraße 59  
 Werderstraße 59  
 Feine Consumwaare · Gut bürgerl. Küche · Kegelbahn  
 Kleiner Gesellschaftssaal für ca. 100 Personen  
 Flaschenbier aus der Brauerei Säurepp-Prinz 4393  
**Neuer Besitzer: Hdt. Ziegler,**  
 langjähriger Besitzer des Weinhauses „Wolfe Rose“ in Heidelberg.

**Eintracht**  
**Munzsches Konservatorium**  
 Prüfungskonzerte mit Orchester  
 Dienstag, den 18. u. Donnerstag, den 20. Juli  
 abends 8 Uhr. — Eintrittskarten für beide  
 Konzerte zusammen 14 und 10 Mk. ein-  
 schließl. Steuer und Programm in den  
 hiesigen Musikalienhandlungen und an  
 der Abendkasse. — Außerdem Montag,  
 den 24. Juli, abends 8 Uhr, Waldstr. 79  
 Klavier-Abend von Trudel Schein in u. b.

**Wettpiel**  
 Sonntag, den 16. Juli auf unserem Platz  
 der 1., 2., 3. und 4. Mannschaft gegen  
**Aue b. Durlach**  
 Fußballabteilung  
 1. Mannschaft 10 Uhr, 2. Mannschaft 1/2 Uhr,  
 3. Mannschaft 3 Uhr, 4. Mannschaft 1/2 Uhr.  
 Der Vorstand.

**Spiel- und Musikverein Karlsruhe.**  
 Sonntag, den 16. Juli, findet in der „Walhalla“  
 (Lugartenstraße)  
**Sanz-Unterhaltung**  
 statt. Hierzu sind unsere wertigen Mitglieder nebst An-  
 gehörigen, sowie Freunde und Gönner des Vereins  
 freundlich eingeladen. Der Vorstand.

**Dr. med. Erich Adler**  
 Facharzt für Magen-, Darm- u. Stoff-  
 wechsel-Krankheiten wohnt jetzt  
**Kriegsstr. 53 (am Karlsrufer)**  
 Sprechstunden: 9—11 Tel. 1972  
 3—5

**Von der Reise zurück**  
**J. Eckert**  
 Dentist  
 Hobelstraße 13 Telephone 2910

**Dr. Ufer**  
 Klauprechtstrasse 34  
**ab heute verreist.**

**Tüchtige 4393**  
**Einlegerin**  
 gesucht.  
 Buchdruckerei Sander,  
 Sofienstraße 70.

**Billig**  
**Glut**  
**Reell**  
 3  
 „besonderen Eigenschaften  
 die Sie veranlassen sollen,  
 unseren Etagen-Vorkauf  
 die echte Offenbacher Lederwaren  
 als Einkaufsqualla zu betrachten.“  
 Wir führen nur die  
**besten Qualitäten**  
 in einfacher bis allerfeinsten Ausführung  
 Verkauf ohne jeden Zwischenhandel